

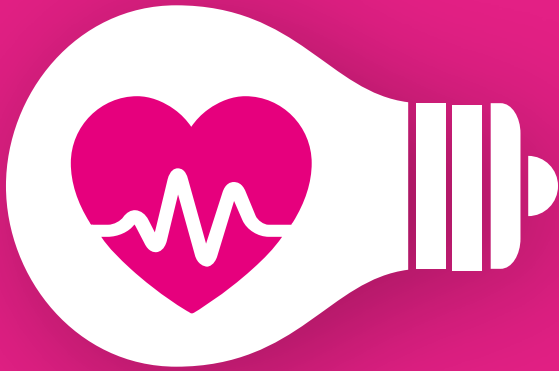
Jetzt erst recht: Mut zum Wandel

DIE GESELLSCHAFT VON MORGEN GESTALTEN WIR HEUTE



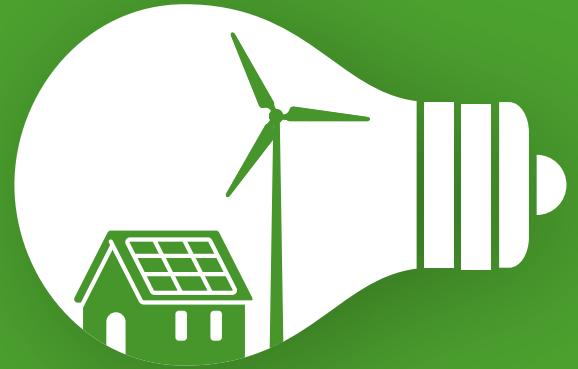
sh-gruene.de

Großes Herz für neue Solidarität



GESUNDHEIT, PFLEGE, ARBEIT,
WOHNEN, VIELFALT

Weiter Horizont fürs Klimawirtschaftswunder



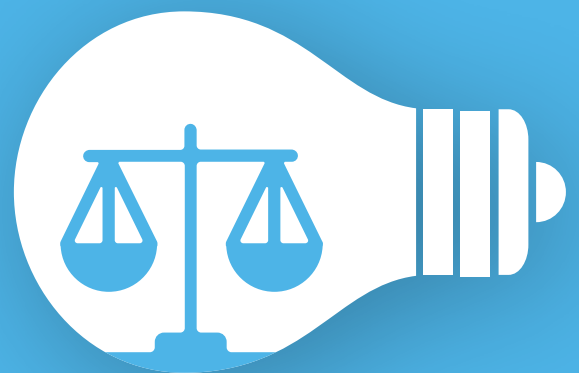
WIRTSCHAFT, TOURISMUS,
ERNEUERBARE ENERGIEN,
INDUSTRIE, HANDWERK, BAU

Die Wege, die wir geh'n



BILDUNG, FAMILIE, KINDER,
JUGEND, SPORT,
FLUCHT, INTEGRATION

Das Fundament, auf dem wir steh'n



DEMOKRATIE, EUROPA, WISSENSCHAFT,
KULTUR, DIGITALISIERUNG,
ÖKOLOGIE, FINANZEN

Vorwort.....	6
14 Punkte für den Wandel	8
Großes Herz für neue Solidarität	13
Für ein würdiges Gesundheits- und Pflegesystem	14
Klatschen reicht nicht! Systemrelevanz muss sich auszahlen	14
Abkehr vom gewinnorientierten Gesundheitssystem.....	15
Prävention	16
Besonders jetzt die psychische Gesundheit in den Fokus nehmen.....	17
Würdiges Sterben	17
Arbeitnehmer*innenrechte stärken, Sicherheiten schaffen	18
Innovatives Arbeiten fördern und Flexibilitäten schaffen.....	22
Wohnen	24
Queere Vielfalt unterstützen	25
Weiter Horizont fürs Klimawirtschaftswunder	27
Wirtschaft im Wandel:	28
Mit Blick nach vorne stärker als zuvor werden	28
Kleine und mittelständische Betriebe.....	28
Sicherheit für Solo-Selbstständige	29
Unternehmen mit signifikanten CO2-Emissionen und Industrien	30
Schleswig-Holstein zum Start-Up-Land und digitalen Standort machen	32
Nachhaltiger Tourismus.....	33

Den Schub nutzen: Wandel bei Energie und Bau	34
Erneuerbare Energien-Industrie stärken und eine Solardachpflicht einführen	34
Mit energetischer Sanierung das Handwerk stärken	35
Regulatorischer Rahmen für Partizipation	36
Europäische Wind- und Solaroffensive	38
Die Wege, die wir geh'n	39
Unser Bildungssystem darf kein Kind zurücklassen.....	40
Digitale Schule	41
Kinder-, Familien-, Frauen*-Politik mit Kita und Betreuung zusammendenken	44
Kein Rollback der Geschlechterklischees.....	44
Kitas, wir brauchen euch!	45
Kulturelle, ökologische Bildung, Jugendkultur und den Sport fördern.....	47
Soziale Infrastruktur und kommunale Präventionsketten stärken	48
Wirksam gegen Gewalt vorgehen	49
Mitbestimmung und Partizipation.....	50
Sicherer Hafen Schleswig-Holstein.....	52
Integration und Teilhabe.....	54
Das Fundament, auf dem wir steh'n	56
Demokratie, Freiheit, Grundrechte in internationaler Solidarität.....	57
Föderalismus und kommunale Demokratie	57
Antirassismus und demokratische Bildung gegen Verschwörungsmymen	59
Kooperation statt Abgrenzung in Europa.....	62
Listen to the science, support your local science	63

Infrastrukturen	66
Jetzt die Weichen für die Mobilitätswende stellen!	66
Eine bessere Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land	68
Schneller, besser, ökologischer planen und bauen	71
Digital ist besser!? Zugang für alle schaffen!	72
Digitale Teilhabe	73
Die Kultur hält unsere Gesellschaft lebendig	74
Politischen Wert der Kultur steigern und kulturelle Infrastruktur sichern	74
Kultur als maßgeblichen Wirtschaftsfaktor anerkennen.....	74
Strategische Kulturförderung neu denken	75
Freiluft-Spielstätten schaffen - Online-Aufführungen honorieren.....	75
Ökologie, Biodiversität und Artenschutz	77
Landwirtschaft und Ökolandbau	78
Biologischer Klimaschutz	80
Tierschutz.....	80
Nachhaltige und gerechte Finanzen	82

Vorwort

Die Coronakrise wirkt wie ein Brennglas: Stärken und Schwächen unserer Gesellschaft werden deutlich. Wir erkennen, was uns wichtig ist, was wir brauchen, worauf wir verzichten können. Die Krise zeigt schonungslos, wie sehr alles global vernetzt und verwoben ist. Es wird deutlich, wie abhängig wir von vielfach abgestuften Lieferketten sind und wie fragil vermeintliche Selbstverständlichkeiten sind. Fehlen kleine Bausteine, führt das teilweise zu Vollbremsungen von ganzen Wirtschaftsketten. Eine hoch spezialisierte Arbeitsteilung birgt neben vielen Vorteilen auch Nachteile, die uns in der Krise vor Augen geführt wurden und werden. Es zeigt sich aber auch, was bei vorhandener Einsicht und starkem politischen Willen möglich ist. Wie wirksam und konsequent wir handeln, wie zielorientiert internationale Zusammenarbeit funktionieren kann. Den Leitspruch „Listen to the Science“ einmal ernst genommen, brachte uns wissenschaftliche Erkenntnis so sicher wie kaum ein anderes Land durch die Krise. Wichtiger aber noch: Wir sehen, wie bereitwillig, wie fantasievoll und wie gerne die Menschen einander helfen, wir uns gegenseitig schützen und dass wir eine Krise besiegen können, wenn alle an einem Strang ziehen. Das macht Mut, das spornt an!

Diese Handlungsfähigkeit müssen wir auch beweisen, wenn es um die Bedrohung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und Gefahren für uns, unsere Kinder und Enkelkinder geht. Denn genau jetzt entscheidet sich der Weg unserer Gesellschaft: Fallen wir zurück in die Probleme und einstudierten Muster vor der Krise? Denn klar und unmissverständlich zeigen sich die Sollbruchstellen des Neoliberalismus, zeigen sich die grellen Nebenwirkungen von Kapitalismus und einer langen Privatisierungswelle.

Für uns ist klar, dass wir Mut machen und Hoffnung auf ein besseres Morgen geben, uns Ziele setzen und den Blick nach vorne richten. Die Zukunft kann besser werden als die Vergangenheit. Wir ergreifen die Chance, um aus der Dramatik der Coronakrise den Schub gewinnen zu können, um auch der Klimakrise den notwendigen gesellschaftlichen Transformationsprozess entgegenzusetzen. Wandel ist machbar. Die Gleichzeitigkeit zweier globaler Krisen kann zu dem historisch einzigartigen Moment werden, an dem unsere Gesellschaft zu neuer solidarischer Freiheit aufbricht. Das Prinzip des „der Markt regelt das“ war der kalte, herzlose Mainstream der Vergangenheit, der wenige Profiteur*innen schuf – aber Empathie und Solidarität sind das, was uns als Gesellschaft ausmacht und voranbringt.

Die Chance zur Bekämpfung der Klimakrise ist genau jetzt! Da ist es schier unfassbar, dass das milliardenschwere Konjunkturprogramm der Bundesregierung genau diese Möglichkeit verpasst. Wir müssen die ganze Kraft in ein Klimawirtschaftswunder zur Sicherung unserer wirtschaftlichen Grundlage und zum Umbau der Industrie- in eine sozialökologische Gesellschaft stecken. Der Umstieg in eine nachhaltige und damit auch widerstandsfähigere Wirtschaft und Gesellschaft muss zum Leitgedanken und Maßstab aller Neustartmaßnahmen werden. Diese neue Energie und das Engagement der Menschen wollen wir erhalten, verstärken und nutzen, um solidarische Sozialsysteme und die Demokratie zu stärken.

Wir alle können jetzt die großen Räder des Aufbruchs drehen! Eine Gesellschaft, die für viele Menschen neue Chancen verspricht, ist unser Ziel. Bruchstellen unserer Gesellschaft kitten, um ein solidarisches Miteinander zu wagen, funktionierende öffentliche Infrastrukturen schaffen und für ein nachhaltiges Morgen sorgen, das ist unser politisches Ziel.

Dieses Papier ist auf Grundlage der Arbeit der ehrenamtlich arbeitenden programmatischen Fachgruppen (Landesarbeitsgemeinschaften) entstanden und nach intensiver Debatte mit dem Parteirat am 22. Juni vom Landesvorstand beschlossen worden. Wir danken unseren tatkräftigen Mitgliedern sowie Anke Erdmann, Anna Leidreiter, Marret Bohn und Udo Philipp für die Unterstützung.

14 Punkte für den Wandel

- 1. Familien in den Fokus nehmen:** Wir wollen echte Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch in Krisenzeiten schaffen. Dazu fordern wir die Pflege- und Erziehungsarbeit (Care-Arbeit) zwischen den Geschlechtern gerecht aufzuteilen und endlich angemessen zu würdigen. Während viele Unternehmen ihre Mitarbeiter*innen freigestellt und Kurzarbeiter*innengeld beantragt haben, müssen viele Eltern arbeiten und gleichzeitig Kinder betreuen. Auch ihnen muss die Möglichkeit der Freistellung geboten werden und analog zum Kurzarbeiter*innengeld ein Corona-Elterngeld gezahlt werden.
- 2. Wirtschaft und Finanzen gehen nur klimaschonend und nachhaltig:** Gerade jetzt, da der Staat massiv auf Konjunkturbelebung setzt, sind ordnungspolitische Rahmenbedingungen wichtig, die nachhaltiges Wirtschaften fördern und die Weichen für eine dekarbonisierte Industrie stellen. Dies ist nur möglich mit einem vollständigen Umstieg auf Erneuerbare Energien. Wirtschaftsförderung und Investitionsprogramme müssen entlang der Leitlinien der internationalen Klimaziele ausgerichtet sein. Wer von Staatshilfen profitieren will, muss auf die Ausschüttung von Dividenden verzichten, Zweigstellen in Steueroasen sind No-Gos. Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Unternehmen soll an Nachhaltigkeitskriterien und im Sinne internationaler Vereinbarungen wie dem Pariser Abkommen ausgerichtet sein.
- 3. Niemanden zurücklassen:** Soziale Kontakte sind der Kitt unserer Gesellschaft. Wir haben vielfach gesehen, dass Menschen aller Altersgruppen in den Zeiten der Isolation gelitten haben. Kinder und Jugendliche, die zu Hause kaum Anregungen hatten, Platzmangel oder Gewalt ausgesetzt waren, müssen wir noch stärker unterstützen und die psychische Gesundheit viel stärker in den Blick nehmen. Public Health-Maßnahmen und der Ausbau psychologischer Beratungen und Therapien sind in Krisenzeiten besonders wichtig. Menschen in Kranken- und Pflegeeinrichtungen waren in schwachen Stunden alleingelassen, Angehörige in Sorge. Mit den Einrichtungen und Betroffenen wollen wir nach Wegen suchen, wie die Zeit der Isolation aus Infektionsschutzgründen erträglicher gestaltet werden kann. Gerade in Krisenzeiten brauchen die Geflüchteten, die unter schlimmsten Bedingungen in den Camps am Mittelmeer ausharren müssen, unsere Solidarität. Humanitäre Aufnahmeprogramme müssen deutlich ausgeweitet werden.

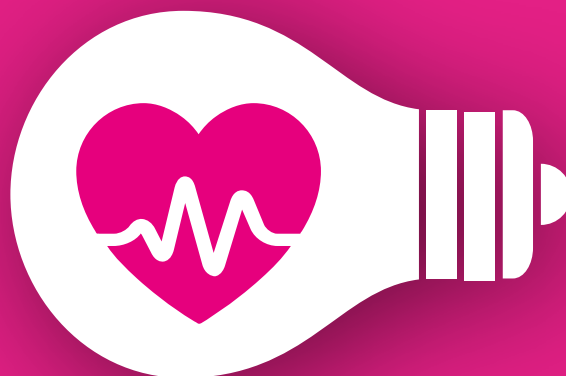
4. **Ein solidarisches Gesundheitssystem ausbauen** heißt, in diesem Bereich nicht allein auf Gewinne, sondern auf Solidarität zu setzen. Es geht um Daseinsvorsorge, Rentabilität kann hier nicht das Maß aller Dinge sein. Die Gehälter müssen, wie in „systemrelevanten“ Berufen deutlich steigen, auch um das Berufsbild attraktiver zu machen und dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Die Abkehr vom gewinnorientierten Gesundheitssystem beginnt mit einer Komplettüberarbeitung des Fallpauschalensystems.
5. **Gute Bildungschancen - jederzeit:** Gerechtigkeit in der Bildungspolitik muss einen wichtigeren Stellenwert in der zukünftigen Ausgestaltung der Bildungslandschaft einnehmen. Dazu wollen wir unter anderem die Ferien verstärkt nutzen, um in den fünf Monaten ohne Schule ein niedrigschwelliges Angebot zu machen – und das nicht nur in diesem Jahr. Schüler*innen brauchen außerdem einen einfachen Zugang zu digitalen Lehrmitteln, damit die Ungleichheit bei der Vermittlung von Inhalten nicht sozial benachteiligte Menschen trifft. Die Pandemie hat außerdem gezeigt, dass Verschwörungsmymen zu einem Problem der politischen Auseinandersetzung werden, da sie unreflektiert verbreitet werden. Soziale Medien verstärken den Effekt von Verschwörungsmymen, da sie diese in kurzer Zeit weit verbreiten können. Die einzige langfristige Lösung, um Verschwörungsmymen Einhalt zu gebieten, ist eine verbesserte und permanente demokratische Bildung, welche über den Politikunterricht hinausgeht.
6. **Listen to the science!** Die Stimme der Wissenschaft muss in Zukunft einen starken Einfluss auf politische Entscheidungen haben. Dies gilt besonders für die Klimakrise. Wir müssen die Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre, Lehrende und Studierende verbessern. Dazu gehört auch eine weitreichende Öffnung des BAföG, sodass keine Studierenden in Existenznot geraten, sowie die Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen im wissenschaftlichen Mittelbau. Die Darlehenshilfen und Überbrückungshilfen der Bundesregierung für Studierende während der Pandemie sind völlig unzureichend und eine Zumutung für benachteiligte Studierende.

7. **Digitale Teilhabe** ist für jede Altersgruppen entscheidend. Wir wollen digitale Chancen zu jeder Lebenszeit. Dazu wollen wir die Möglichkeiten von der Kita, über Schulen bis in die Senior*innen- und Pflegeeinrichtungen ausbauen, die Zugänglichkeit zu Endgeräten verbessern, freies WLAN und schnelle Glasfaser- und 5G-Netze ausbauen. Lernangebote müssen auch weiterhin ohne Präsenz in der Schule möglich sein und ein echtes E-Learning beinhalten. Die Corona-Warn-App des Bundes sollte auch auf älteren Geräten nutzbar sein.
8. **Arbeitnehmer*innen schützen und innovative Arbeitsformen ermöglichen:** Unser Wirtschafts- und Arbeitssystem muss solidarischer werden. Die ausbeuterischen Zustände in der Fleischindustrie sind unerträglich und müssen entschieden bekämpft werden. Die Beschränkung von Werkverträgen, eine flächendeckende Tarifbindung sowie die Anhebung des Mindestlohns auf mindestens 12,50€ sind wichtiger denn je. Flexiblere Arbeitsformen, etwa in Coworking Spaces wollen wir ausbauen und die (rechtlichen) Rahmenbedingungen des mobilen Arbeitens klären.
9. **Absicherung für Solo-Selbstständige und Schleswig-Holstein zum Start-Up-Land machen:** Solo-Selbstständige sollen einen besseren und flexibleren Zugang zur Arbeitslosen- und Sozialversicherung sowie zum Kurzarbeiter*innengeld erhalten. Das Land hat viele Potenziale sozialer, ökologischer oder digitaler Start-Ups. Wir wollen diese innovativen Zellen unserer Wirtschaft unterstützen, einen Gründungsfonds für soziale Unternehmen auflegen und Innovationsassistent*innen für kleine und mittelständische Unternehmen etablieren.
10. **Mobilitätswende einleiten und Lebensqualität in Stadt und Land erhöhen:** Breite Radwege in den Städten, mehr Bahntrassen im Land und E-Ladeinfrastruktur überall. So schaffen wir die Mobilitätswende, mehr Platz für Menschen in den Städten und werden klimafreundlicher. Wenn dazu auch die Grundversorgung für den täglichen Einkauf, die medizinische Versorgung, Kitas und Grundschule ohne Auto erreichbar sind, wenn Gewerbe und Wohnen stärker zusammenwachsen, digitaler gearbeitet wird und Quartiere zu Erholungs- und Erlebnisräumen werden, reduziert das am Ende auch unnötige Wege. Unsere Region hat viele Erholungsräume, die viele Menschen jetzt im Sommer entdecken können. Fehmarn statt Ferienflieger!

- 11. Ruhe für die Natur:** Als das öffentliche Leben heruntergefahren war, konnte sich vielerorts nicht nur die Natur erholen, sondern fanden viele Menschen Ausgleich, Ruhe und neue Kraft in der Natur. Natur- und Artenschutz sind kein „nice to have“. An der Aufmerksamkeit für Natur, aber auch für die Probleme der Landwirt*innen, der desolaten Situation vieler Saisonarbeiter*innen auf den Feldern und in der Fleischindustrie wollen wir ansetzen. Das ganze System der Lebensmittelherstellung produziert zu viele Verlierer*innen. Wir setzen uns für eine grundlegende Landwirtschaftsreform ein, von der Landwirt*innen finanziell und die Natur ökologisch profitieren. Unser Ziel: 30% Ökolandbau in Schleswig-Holstein. Daneben wollen wir den Einsatz von Bio-Produkten bei öffentlichen Veranstaltungen und in öffentlichen Kantinen, Mensen und Kitas erhöhen.
- 12. Energiewende als Jobmotor, zukunftsfähiges Konjunkturprogramm und Werkzeug gegen die Klimakrise:** Der Ausbau erneuerbarer Energien muss im Zentrum von Konjunkturprogrammen stehen. Nur durch die vollständige Umstellung unserer Energiewirtschaft auf 100% Erneuerbare schaffen wir es, die Klimakrise zu bewältigen und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Dies erreichen wir durch Investitionsprogramme und durch den Abbau von Hindernissen: Bundesweit 10 Gigawatt On- und Offshore Windenergie jährlich bis 2025, Photovoltaik auf Agrarflächen und jedem Hausdach, einfachere Anforderungen für Aufdach-PV, Mieter*innenstrom, Recht auf grüne Wärme, Förderung von Sektorenkoppelung bzw. der Nutzung Erneuerbarer Energien im Wärme- und Verkehrssektor und einer Beteiligung der Bürger*innen und Kommunen am Energiemarkt. Die Energiewende muss ein Gemeinschaftsprojekt werden, denn: Teilhabe fördert die Motivation und beschleunigt die Umsetzung.
- 13. Nachhaltig finanziert aus der Krise:** Die Schuldenbremse soll weiterentwickelt und auf Bundesebene mit einer verbindlichen Investitionsregel verknüpft werden, sodass die Bedarfe für Infrastrukturen, Kultur- und Bildungseinrichtungen, für die Energiewende oder im Gesundheitssystem gedeckt werden können. Wir wollen den Verschuldungsrahmen gemäß europäischer Vorgaben auf 1% der gesamtstaatlichen Wirtschaftsleistung erhöhen und an Investitionen für Infrastruktur und Klimaschutz koppeln.

14. Krisenmanagement evaluieren, selbstkritisch sein und aus Fehlern lernen: Erfolgreiche Politik muss bereit sein, sich selbst zu hinterfragen, zu evaluieren und aus Fehlern zu lernen. Im Rückblick auf die ersten Monate der Coronakrise müssen wir die bundesländerübergreifende Kooperation und Solidarität gerade im Verhältnis zu Hamburg kritisch betrachten und künftig eine bessere Koordination an der dänischen Grenze gewährleisten. Die besonnene Abwägung bei Freiheits- und Grundrechtseinschränkungen muss so auch in Zukunft erfolgen. Das stärkt unseren auch in der Krise erfolgreichen demokratischen Rechtsstaat.

Großes Herz für neue Solidarität



Die Coronakrise und ihre Folgen für Menschen, Gesellschaft und Wirtschaft ließen auch deutlich werden, an welchen Stellen unser Sozialsystem Lücken hat und Veränderungen für die Zukunft braucht. Die verheerenden Ausschlüsse von Teilhabe am digitalen, kulturellen oder wirtschaftlichen Leben aufgrund von Altersarmut, (vererbter) Kinderarmut oder wegbrechender Einnahmen wurden besonders sichtbar. Es stehen auch unmittelbare Veränderungen im Sozialsystem an, die politisch ergriffen werden müssen, um ein weiteres Auseinanderklaffen der Gesellschaft zu verhindern. Denn Existenzängste, eine ungerechte Chancenverteilung und die Entkopplung des oberen Endes der Einkommenspyramide von gesellschaftlichen Verpflichtungen sind eine tickende Zeitbombe für den gesellschaftlichen Frieden.

„Niemanden durchs Raster fallen lassen“ sollte unser Ziel sein und erste Schritte wie der Wegfall der Bedürftigkeitsprüfung bei Hartz IV und die vielfältigen Diskussionen um Grundeinkommensmodelle zeigen, dass die Gesellschaft eine soziale und solidarische sein will. Um Existenzsorgen zu nehmen und eine wirklich freie Entfaltung der Persönlichkeit zu ermöglichen, müssen Modelle des (bedingungslosen) Grundeinkommens oder die Einführung einer negativen Einkommensteuer mitsamt der damit einhergehenden grundsätzlichen Veränderungen des Arbeits-, Steuer- und Versicherungssystems weiter diskutiert werden.

Für ein würdiges Gesundheits- und Pflegesystem

Die bestehenden Defizite im Gesundheits- und Pflegesystem werden durch Corona noch sichtbarer. Daher ist die aktuelle Situation auch eine Chance, um kurz- und mittelfristige Lösungen zu erarbeiten. Zahlreiche Berichte in den Medien verdeutlichen: Pfleger*innen, Erzieher*innen, Hebammen, Physiotherapeut*innen und andere Menschen, die in Care-Berufen arbeiten, sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Wir vertrauen ihnen unsere Kinder oder Eltern an und verlassen uns selbst auf sie, wenn wir in Notlagen geraten. Ihre Arbeit ist für unsere Gesundheit, unser Zusammenleben und die Krisenfestigkeit unserer Gesellschaft notwendig. Die Verantwortung in den systemrelevanten Berufen ist groß, doch die Löhne und Arbeitsbedingungen sind zu oft zu schlecht.

Klatschen reicht nicht! Systemrelevanz muss sich auszahlen

Eine Gesellschaft, die lernt, welche Berufe für ihr Funktionieren unabdingbar sind, muss diese Berufen auch wertschätzen und Arbeit dementsprechend gut bezahlen. Mehr und besser bezahltes Personal in fairen Beschäftigungsbedingungen müssen eine Lehre aus der Coronakrise sein. Pflegekräfte dürfen nicht als „fünfte Rad am Wagen“ in Kliniken und Einrichtungen gesehen werden sondern brauchen bessere Mitspracherechte im Pflege- und Gesundheitssystem und unmittelbaren Zugang zu pflegepolitischen Prozessen. Der Fachkräftemangel im Gesundheits- und Pflegebereich macht eine sofortige Verbesserung der Bedingungen in diesen Bereichen so schwierig. Deshalb müssen wir uns auch um deutlich attraktivere Ausbildungsbedingungen kümmern und darüber hinaus den Zugang z.B. für qualifizierte Geflüchtete erleichtern.

Deshalb wollen wir:

- keine unterbesetzten Schichten mehr! Wir brauchen gut finanzierte Sofortprogramme für stationäre und ambulante Alten- sowie Krankenhauspflege zur Finanzierung einer notwendigen Stellenaufstockung.
- branchenweit allgemeinverbindliche Tarifverträge. Sollte das trotz laufender Verhandlungen nicht erreicht werden, müssen gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden, sodass nur noch mit Arbeitgeber*innen Verträge zu geschlossen werden, die tariflich bezahlen.
- verbindliche am Bedarf orientierte Personalschlüssel für die Pflege, die Überlastung verhindern und genug Zeit für die Arbeit schaffen.

- die Ausbildung in der Kranken-/Altenpflege pauschal ab dem ersten Weiterbildungs-
jahr mit 1000€ zu vergüten. Eine finanzielle Unterstützung der Krankenpflegeschulen
muss vom Land SH gewährleistet werden. Personen, die bisher in anderen Berufen
tätig waren und deren berufliche Perspektive durch die Coronakrise genommen wurde,
sollen ermutigt werden eine Ausbildung in der Kranken-/Altenpflege zu ergreifen. Um
dies zu erreichen, soll ein Weiterbildungsgeld eingeführt werden, das 200€ höher ist
als das individuelle Arbeitslosengeld. Außerdem muss die Akademisierung der Gesund-
heitsberufe weiter unterstützt werden.
- neben der Pflegekammer im Land auch eine feste Position für die Pflege in Teams von
Krankenhausleitungen verankern.
- bundesweite Förderprogramme für eine flächendeckende Digitalisierung in Pflegeein-
richtungen und Krankenhäusern. Damit soll Pflegekräften mehr Zeit für die Arbeit und
den Kontakt mit den Menschen ermöglicht – nicht Personal eingespart – werden.
- dass Geflüchtete eine reguläre Aufenthaltsgenehmigung erhalten, wenn sie in der Pfl-
ege arbeiten oder eine entsprechende Ausbildung machen.
- dass Beschäftigte eine gesetzlich garantierte Mitsprache über den Umfang und die
Einteilung ihrer Arbeitszeit erhalten.
- eine neue Regelarbeitszeit in sozialen Berufen von 35 Stunden als neue Vollzeit mit
Recht auf Arbeitszeitverkürzung.

Abkehr vom gewinnorientierten Gesundheitssystem

Durch die Coronakrise wird deutlich, wie aussichtslos das Prinzip eines gewinnorientier-
ten Gesundheitssystems ist. Die Gesundheit von Menschen ist keine Ware, die gegen Geld
eingetauscht werden sollte. So ist besonders auffällig, dass es im Bereich der psycho-
therapeutischen Versorgung erheblich mangelt, da damit weniger Geld verdient werden
kann. Gerade kommunale Träger (vor allem in ländlichen Regionen) sterben aus. Dies steht
im Widerspruch zum Versorgungsauftrag der Politik gegenüber der gesamten Bevölkerung.
Damit jede hier lebende Person den gleichen medizinischen Zugang hat, braucht es ein soli-
darisches Gesundheitssystem. Patient*innen nach ihrem Aufenthaltsstatus zu sortieren oder
aufgrund fehlender Papiere gar völlig auszusortieren ist perfide und für eine Gesellschaft
mit hohen Werten und Ansprüchen an sich selbst und ihr Grundgesetz nicht tragbar.

Deshalb wollen wir:

- weg vom gewinnorientierten Gesundheitssystem. Das DRG-System bedarf einer kompletten Überarbeitung durch ein unabhängiges Gremium, denn in seiner aktuellen Form ist es undurchsichtig und ungerecht. Auch eine Überarbeitung des Morbi-RSA ist dringend notwendig.
- die sprechende Medizin besser vergüten und diese gerade in ländlichen Regionen stark finanziell und strukturell unterstützen.
- den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken und die Befugnisse der Gesundheitsämter erweitern..
- einen gleichberechtigten Zugang zur Krankenversicherung und Krankenversorgung aller Menschen, die hier leben.

Prävention

In unserem Gesundheitssystem werden jährlich etwa 350 Milliarden € umgesetzt. Wie vor 100 Jahren dient dies fast ausschließlich der „Reparatur“ des Menschen. Effizienter und langfristig kostengünstiger wäre es, einen größeren Betrag in die Prävention zu investieren. Langfristig sollte der Fokus auf den jeweiligen Ursachen einer Erkrankung liegen, um eine Behandlung zu vermeiden oder zumindest zeitlich verschieben zu können. In der Aus- und Weiterbildung des medizinischen Fachpersonals spielt das Thema „Prävention“ fast keine Rolle. Dies muss sich umgehend ändern, um das Verständnis dafür zu erhöhen und entsprechende Maßnahmen auch realisieren zu können.

Eine wichtige Funktion im Bereich der präventiven Maßnahmen können die Gesundheitsämter übernehmen – sie müssen mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden. Analysen zeigen, dass es noch immer Bereiche gibt, die eine Über- oder Unterversorgung aufweisen. Auf Landes- und Kreisebene könnten Gesundheitsämter verstärkt die Rolle übernehmen, die Ressourcen sinnvoller zu planen. Schwerpunkt sollte hierbei vor allem eine bessere Interaktion zwischen den Partner*innen (Krankenhaus, Pflege, ambulante Versorgung) im System sein.

Besonders jetzt die psychische Gesundheit in den Fokus nehmen

Der wochenlange gesellschaftliche Ausnahmezustand mit der Reduzierung sozialer Kontakte, einer veränderten Arbeitswelt, neuen Tagesabläufen und einer neuen Wohnsituation war für viele Menschen psychisch enorm belastend. Die ersten Erkenntnisse zeigen, dass häusliche Gewalt zunimmt und Menschen mit psychischen Vorerkrankungen besonders unter der Coronakrise und ihren Auswirkungen leiden. Mit der Krise nehmen Existenzängste und soziale Armut zu, es besteht die Gefahr eines Anstiegs der Suchterkrankungen.

Beratungsangebote und Therapieplätze sind in Deutschland Mangelware. Wir müssen das psychische Wohl gesellschaftlich stärker in den Blick nehmen – Sucht- oder psychische Erkrankungen sind keine Krankheiten zweiter Klasse. Eine solidarische Gesellschaft lässt niemanden Monate oder teils Jahre auf Wartelisten für Therapien stehen. In Krisenzeiten müssen psychologische Behandlungen sicher fortgeführt werden, wofür es gegebenenfalls besonderer Hilfsprogramme bedarf. Public-Health-Programme und Kampagnen sind besonders jetzt wichtig. Darüber hinaus sollten Präventionsprogramme fortgeführt und der breite Ausbau von niedrighwelligen Angebote der psychosozialen Beratung sowie eine Erleichterung des Zugangs zu einer größeren Zahl an Therapiemöglichkeiten endlich zum politischen Ziel werden.

Würdiges Sterben

In den letzten Wochen war insbesondere das einsame Sterben in Krankenhäusern und Pflegeheimen eine offene Wunde in unserer Gesellschaft. Dass auch in Schleswig-Holstein Krebspatient*innen die letzten Wochen ohne Kontakt zu engen Familienangehörigen und Freund*innen verbringen mussten, dass alte Menschen ohne Besuch von Ihren Liebsten leben und mitunter auch sterben mussten, das war zwar der Krise geschuldet. Ein menschenwürdiges Sterben ist für Sterbende und die Angehörigen und engen Freund*innen aber auch in diesen Zeiten essentiell. Das letzte Kapitel im Leben eines Menschen soll nicht einsam zu Ende gehen müssen. Wir wollen darum mit medizinischen und pflegerischen Einrichtungen sowie den Hospiz-Initiativen nach Wegen suchen, wie in jedem Fall das Recht auf ein begleitetes Sterben und die Hygiene-Anforderungen während einer Pandemie besser in Einklang gebracht werden können.

Arbeitnehmer*innenrechte stärken, Sicherheiten schaffen

Die Coronakrise hat uns allen einen neuen Blick auf die guten und schlechten Seiten der aktuellen Arbeitswelt eröffnet. Was vorher hart umkämpft war, ist in vielen Unternehmen plötzlich die Regel: Quasi über Nacht erlebt die Digitalisierung der Arbeitswelt einen ungeahnten Schub, Homeoffice und Remote Work sind nicht nur denkbar, sondern ein Teil der Lösung, um die Verbreitung des Coronavirus' aufzuhalten. Kund*innenmeetings und Teambesprechungen verlegen sich in digitale Besprechungsräume, Arbeitszeiten verschieben sich und passen sich so den individuellen Bedürfnissen der Arbeitnehmer*innen an, Arbeitswege entfallen. Vielerorts wird die Entstehung einer digitalen Unternehmenskultur beschleunigt und der Blick auf die Arbeit verändert sich: Welchen Wert hat die Präsenzkultur, braucht es Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit und was bedeutet eigentlich systemrelevant?

An anderen Stellen spüren Arbeitnehmer*innen jedoch auch, wie belastend die neue Situation ausgenutzt wird und Schutz für Arbeitnehmer*innen fehlt, die oft beschworene Flexibilität eben nicht für alle gilt oder ganz klar ausbeuterische Zustände annimmt. Die Industriebetriebe erleben durch die Coronakrise einen noch nie dagewesenen Rückgang ihrer Produktion, mehr als sieben Millionen Menschen mussten in Kurzarbeit gehen. Vor allem Student*innen, Rentner*innen oder Geringqualifizierte, deren Jobs auf 450-Euro-Basis laufen, stehen plötzlich ohne Einkommen da, denn ihre Jobs sind es, die als Erstes gestrichen werden.

Für Menschen mit Behinderungen, die in Werkstätten arbeiten, bedeutet der Arbeitsplatz nicht nur, dass sie dort für ihren Lebensunterhalt arbeiten, vielmehr ist der Arbeitsplatz Teil ihrer alltäglichen Struktur und der Betreuung. Er ermöglicht oft mehr Selbstständigkeit. Durch die Schließung der Werkstätten in der Krise wurde vielen Menschen dieses Stück Selbstbestimmung zeitweilig genommen. Eine besondere Herausforderung war dies auch für Familien, die in der Konsequenz Angehörige mit Behinderungen zu Hause betreut oder gepflegt haben. Wir müssen für Menschen mit Behinderungen und ihre Familien einen Weg finden, wie die Arbeit in den Werkstätten und auch das Betreten der Wohnstätten und somit der Alltag auch bei möglichen erneuten Einschränkungen weiter stattfinden kann.

Um in jeder Phase der Pandemie einen Ausgleich zwischen Sicherheit und Selbstbestimmung sicher zu stellen, müssen Menschen mit Behinderungen und ihre Interessenvertretungen in die Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen einbezogen werden. Wichtige Informationen müssen barrierefrei zur Verfügung gestellt und die Sicht der betroffenen Menschen berücksichtigt werden.

In diesem dynamischen Prozess, bei den Beratungen und Entscheidungen über Schutzmaßnahmen und Lockerungen in der Pandemie, müssen Menschen mit Behinderungen und ihre Organisationen als Expert*innen in eigener Sache einbezogen werden. Dazu gehören Behindertenverbänden, Bewohnerbeiräten, Werkstattträte, Personal- und Angehörigenvertretungen ebenso wie Einrichtungsleitungen, Beauftragte und Beiräte für Menschen mit Behinderungen.

So einiges wird zu Tage befördert, aber Schlagzeilen produziert, hat vor allem die Debatte um Erntehelfer*innen und die schlimmen Unterbringungs- und Arbeitsbedingungen in den Schlachthöfen. Hierbei geht es um nichts anderes als die Ausbeutung von Saisonarbeiter*innen aus dem EU-Ausland. Ein System, das schon lange in der Kritik steht, politisch aber unangetastet weiter existieren konnte. Hier müssen die Arbeitsbedingungen grundüberholt werden und ein Systemwechsel erreicht werden.

In vielen Bereichen bestehen prekäre Arbeitsbedingungen, von denen besonders oft Frauen* betroffen sind. Wir müssen diese Zustände hart bekämpfen und eine flächendeckende Tarifbindung, gesicherte Mindestlöhne und Mindeststandards guter Arbeitsbedingungen etablieren. In etlichen Branchen ist eine Kultur des Sub-Sub-Unternehmertums und der Beschäftigung von regulären Arbeitskräften auf Werkvertragsbasis eingezogen. Dieser Fehlentwicklung müssen wir einen Riegel vorschieben und die Möglichkeiten der Werkverträge einschränken und die Verantwortlichkeit des Ur-Auftraggebers für die Einhaltung von Arbeitsschutz und Versicherungspflichten deutlich schärfen. Ziel muss die Festanstellung der Arbeiter*innen mindestens zum Mindestlohn mit allen Rechten und Pflichten (Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaubsanspruch, Zahlung von Sozialabgaben) sein. Die arbeitsrechtlichen Vorschriften müssen zwingend durch effektive Kontrollen des Zolls und der Gewerbeaufsichtsämter durchgesetzt und sanktioniert werden. Aber auch die Unterbringungssituation muss sich drastisch verbessern. Billige Fleischpreise können keine Rechtfertigung für ausbeuterische Arbeits- und unwürdige Wohnbedingungen sein.

„Systemrelevant“ waren und sind in dieser Krise vor allem Berufe, die schlecht bezahlt und kaum wertgeschätzt wurden. Oft sind es Ausbildungsberufe. Oft arbeiten Frauen* in diesen Jobs. Es bedarf einer gesellschaftlichen Rückbesinnung auf und eine wieder einsetzende Wertschätzung der Ausbildungsberufe in Deutschland. Das deutsche berufliche Ausbildungssystem genießt weltweit höchste Anerkennung. Dieses Potential und Know-how gilt es effektiv zu nutzen und weiter auszubauen, innovativ und orientiert an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes aber vor allem an den Bedürfnissen der Auszubildenden, der zukünftigen Fachkräfte. Wichtig ist hierbei, nicht nur die unter der Coronakrise auf einmal als „systemrelevant“ erkannten Berufe zu fördern, sondern vorausschauend zu handeln. Arbeit wird sich weiterentwickeln und wir werden möglicherweise andere Fachkräfte besonders in den Bereichen Energieversorgung, Klimaschutz, nachhaltige Industrie und auch digitale Bildung brauchen. Welche Inhalte gilt es, innerhalb der Ausbildungsordnung zu überdenken, was wird hinfällig, was muss unbedingt zukunftsfähig ergänzt werden? Gesellschaftliche Wertschätzung ist das eine, eine faire und attraktivere Vergütung der Ausbildung ist jedoch grundlegend nötig, um Nachwuchskräfte gewinnen und begeistern zu können.

Deshalb wollen wir:

- prekäre 450-Euro-Minijobs wo es geht in sozialversicherte Beschäftigungen umwandeln und grundsätzlich Krankengeld und einen Zugang zur Arbeitslosenversicherung für Minijobs gewähren.
- die Erhöhung des Mindestlohniveaus auf einen armutsfesten Mindestlohn von mindestens 12,50€ pro Stunde und die Umsetzung des Mindestlohns durch konsequente und handhabbare Verfolgung gewährleisten.
- die Ausweitung des Kündigungsschutzes und der Haftung für den Arbeitsschutz bei Werkverträgen – z.B. analog zu den Regeln bei der Durchsetzung des Mindestlohns.
- die Arbeits- und Wohnverhältnisse von Leiharbeiter*innen in Europa menschenverträglich gestalten.
- die Erhöhung des Lohnniveaus bei lebensmittelproduzierender und -verarbeitender Arbeit.

- einen Erlass eines Wohnungsaufsichtsgesetzes, um es den Behörden zu ermöglichen, Unterkünfte von Arbeiter*innen auf Hygienestandards und Überbelegung zu kontrollieren.
- rechtliche Rahmenbedingungen, um den Arbeitnehmer*innenschutz im Homeoffice oder anderen flexiblen Formen gewährleisten zu können.
- die Förderung und verstärkte Fokussierung auf Ausbildungsberufe, gesellschaftliche Wertschätzung und Anerkennung. Dazu gehört auch das Ziel, Ausbildungskosten deutlich zu reduzieren und stattdessen Ausbildungsgehälter zu erhöhen.
- den Übergang von der Schule in Ausbildung, Studium und Beruf besser begleiten, neutrale Beratung leisten und die Wechsel- und Aufstiegsmöglichkeiten deutlich zu vereinfachen.
- Ausbildungsvergütung übernehmen (Kurzarbeiter*innengeld vom 1. Tag an, Ausbildungszuschuss für neue Ausbildungsplätze bzw. Absicherung.
- Kindergeld ab Erreichen der Volljährigkeit direkt auszahlen.

Innovatives Arbeiten fördern und Flexibilitäten schaffen

Unter dem Druck der Krise wurden vielerorts flexible Arbeitsmodelle umgesetzt. Damit diese auch nach der Krise bestehen und sich etablieren können, braucht es rechtliche Rahmenbedingungen. Mobiles Arbeiten bzw. Homeoffice kann für Menschen in besonderen Lebenslagen oder bei weiten Fahrwegen eine Chance sein, ihren Alltag und die Arbeit optimal miteinander zu verbinden. Gleiches gilt für flexible Arbeitszeitmodelle, die es Arbeitnehmer*innen ermöglichen, auf individuelle Bedürfnisse zu reagieren und unkompliziert Anpassungen vorzunehmen. Besonders unterstützt werden hierdurch Eltern oder Arbeitnehmer*innen mit pflegebedürftigen Angehörigen. So können Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen von Homeoffice-Regelungen profitieren und die Zufriedenheit auf beiden Seiten positiv entwickeln. So kann das Konzept des „Job sharing“ in Firmen Einzug halten. Homeoffice kann sich ebenfalls erleichternd und positiv auf den beruflichen Wiedereinstieg nach z.B. längerer Krankheit (Hamburger Modell), Erziehungs-/Pflegezeiten oder Fortbildungsmaßnahmen auswirken bzw. Fortbildungen parallel zur Berufstätigkeit überhaupt ermöglichen.

Wir sehen Coworking Spaces als eine Chance, digitales und soziales Miteinander zu vereinen – nicht nur im urbanen, sondern besonders auch suburbanen, ländlichen Raum. Coworking Spaces sind Orte des Austauschs und der Kommunikation, Konzentrationspunkte des sozialen und wirtschaftlichen Lebens. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Verkehrswende, indem sie Pendler*innenströme verringern, erleichtern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, schaffen Arbeitsplätze und halten Know-how und Wirtschaftskraft am Ort. Städte und Gemeinden stellen so ihre lokale Wirtschaft vielfältiger auf und werden resilienter gegen Krisen. Coworking Spaces können sowohl in Pandemie-, als auch in Nicht-Pandemiezeiten flexibel genutzt werden. Sei es als alternatives Büro, weil Arbeitgeber*innen gerade keines zur Verfügung stellen können, als Start-up-Zentrum, als alternatives Klassenzimmer für kleine Schulgruppen oder als Quarantänräume. Deshalb gilt es jetzt, die Neugründung von Coworking Spaces logistisch und finanziell zu unterstützen und Beratungs- und Förderkompetenzen auf Landesebene auszubauen. Unternehmen, auch über die Landesgrenzen Schleswig-Holsteins hinaus, sollen zusätzlich Anreize erhalten, ihren hier lebenden Mitarbeiter*innen die zumindest teilweise Ausübung ihrer Tätigkeiten von Coworking Spaces aus zu ermöglichen.

Deshalb wollen wir:

- Flexibilität für Eltern und Menschen mit pflegebedürftigen Angehörigen, u.a. die flexible Wahlmöglichkeit der Arbeitszeit, da wo dies betrieblich möglich ist, gesetzlich verankern und auch in der Verwaltung umsetzen.
- Alternativen zum festen Arbeitsplatz wie z.B. mobiles Arbeiten oder Coworking fördern.
- digitale Arbeitsmodelle, in die Unternehmensabläufe und -kultur integrieren – dies ermöglicht Teilhabe, ist zeitsparend und schont gleichzeitig die Umwelt, da Fahrzeiten entfallen.

Wohnen

Der bekannte Mangel an bezahlbaren, respektive öffentlich geförderten, Wohnungen wurde in diesen Krisentagen deutlich sichtbar. Gerade Menschen, die Leistungsansprüche gemäß Sozialgesetzbuch II oder XII oder Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, aber ihre Berechtigungsscheine aufgrund des Mangels an öffentlich geförderten Wohneinheiten nicht in Anspruch nehmen konnten, konnten nur noch auf Mietstundungen hoffen, um in ihrem angestammten Wohnraum bleiben zu können. Zwar ist es richtig, den Fördertopf für den öffentlich geförderten Wohnungsbau aufzustocken, in Anbetracht der Bindungsproblematik und der Baukostenentwicklung müssen aber auch Zwischenerwerbsmodelle, Einheimischenmodelle und eine Förderung des kommunalen Bauens über kapitalbeziehende Projektgesellschaften stärker gefördert werden. Auch das Senken der Nebenkosten durch intelligente und klimafreundliche Bauweise würde die Mieter*innen entlasten. Die Leerstandsquoten im Bereich Wohnungen und Gewerbe sind angesichts der Ressourcenverknappung, des hohen Energiebedarfs bei Neubauten und der steigenden Mietpreise nicht tolerierbar.

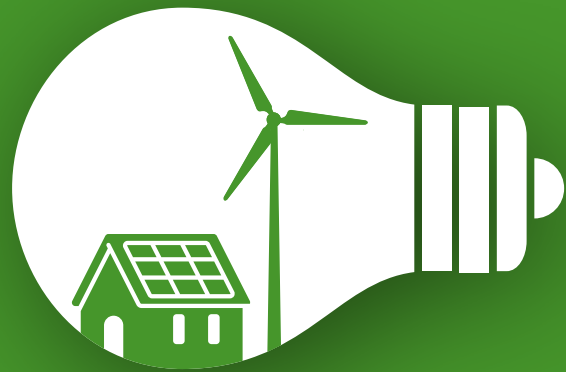
Queere Vielfalt unterstützen

Die Corona-Pandemie hat gesellschaftliches Engagement in weiten Teilen über lange Zeiträume erschwert. In Schleswig-Holstein sind queere Angebote bis heute von ehrenamtlichem Einsatz geprägt und getragen – vor allem in der Fläche. Die Pandemie trifft diese Strukturen besonders hart, weil Menschen in krisenhaften Zeiten über weniger Ressourcen verfügen, sich ehrenamtlich zu engagieren. Während in den vergangenen Jahren die Stärkung queerer Träger*innen zu einem beginnenden Ausbau professioneller Angebote geführt hat, zeigte die Corona-Pandemie noch einmal deutlich, dass dieser Ausbau weitergeführt werden muss. Besonders in Krisenzeiten braucht es professionelle queere Träger*innen, die ehrenamtliches Engagement stützen und ermöglichen können. Deshalb wollen wir die Förderung queerer Angebote sicherstellen und – insbesondere auf kommunaler Ebene – ausbauen. Das bestehende strukturelle Gefälle zwischen West- und Ostküste muss behoben werden. Die Vielfalt queerer Lebenswelten erfordert eine breite Perspektive und Aktivitäten in verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Bereichen: Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit, Beratungsangebote, spezifische Gesundheitsversorgung, Schutzräume und Räume des Austauschs und der Vernetzung, rechtliche Gleichstellung, queere Jugendarbeit seien hier beispielhaft genannt – und das flächendeckend.

Demonstrationen wie die Christopher-Street-Days oder öffentlichkeitswirksame Events z.B. am 17. Mai (dem Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Trans*feindlichkeit) sind essenzieller Bestandteil queerer Emanzipation. Sie sind Orte des Austauschs, der Solidarität und der Gemeinschaft, aber auch wichtiges Mittel, politische Forderungen zu formulieren, Sichtbarkeit zu schaffen und auf bestehende Diskriminierung hinzuweisen. Die notwendigen Einschränkungen des öffentlichen Lebens betreffen diesen Teil queerer Emanzipation weiterhin stark. Viele CSDs und andere Veranstaltungen sind bereits abgesagt, und noch immer ist nicht klar, wie und in welcher Form sie stattfinden können. Die Zusammenarbeit queerer, überwiegend ehrenamtlicher Akteur*innen im Rahmen des Landesaktionsplans Echte Vielfalt – aus der heraus in den letzten Jahren viele lokale Veranstaltungen geplant und durchgeführt worden sind – ist ebenfalls stark eingeschränkt.

In Ungarn wird versucht, die Rechte von Trans*-Menschen massiv einzuschränken. Queeren Menschen in Europa wollen wir solidarisch zur Seite stehen. Hierzu wollen wir europäische Städtepartnerschaften nutzen, um dort einen kritischen Dialog zu führen, wo Menschenrechte in Gefahr sind, und dort zu unterstützen, wo es Bestrebungen zur Verwirklichung queerer Rechte gibt. Unter Einbeziehung lokaler LSBTIQ*-Aktivist*innen auf beiden Seiten wollen wir internationalen Austausch fördern und so unseren Beitrag leisten für eine Europa der Vielfalt.

Weiter Horizont fürs Klima- wirtschaftswunder



Die Coronakrise bedeutet eine Krise für die gesamte Wirtschaft: das Café nebenan, das Hotel in St. Peter-Ording, kleine Start-Ups wie große Unternehmen. Kurzarbeiter*innengeld, Soforthilfen und Darlehen sicherten das erste Überleben, für die weitere Zukunft steht jedoch eine Frage im Raum: alle retten? Investieren in die Zukunft? Wie geht es weiter mit der Wirtschaft im Land nach der Coronakrise? Wie können wir jetzt Schritte in Richtung einer klimagerechten Wirtschaft gehen?

Wirtschaft im Wandel:

Mit Blick nach vorne stärker als zuvor werden

In der EU und auch weltweit werden riesige Geldsummen für Hilfspakete mobilisiert, Tendenz steigend. Das ist richtig, um den Zusammenbruch ganzer Branchen und Wirtschaftszweige zu verhindern. Das primäre Ziel der Sofortmaßnahmen muss das Verhindern eines noch größeren Wirtschaftseinbruchs mit möglicher Massenarbeitslosigkeit und schwerwiegenden gesellschaftlichen Konsequenzen sein. Auf lange Sicht sichern diese Maßnahmen auch Steuereinnahmen und damit die Handlungsfähigkeit des Staates. Diese werden wir brauchen, denn die Klimakrise macht keine Pause. Jeden Euro, den wir jetzt investieren, können wir nur einmal ausgeben. Neustartprogramme für die Zeit nach der Krise, müssen intelligent und zukunftstauglich sein, denn sie setzen den wirtschaftlichen Rahmen für die nächste Dekade und langfristig auch für unsere zukünftigen Lebensbedingungen.. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir mit der Wirtschaft auf dem Weg aus der Coronakrise auch den Weg aus der Klimakrise beschreiten. Die notwendigen Investitionsprogramme müssen also konsequent an Klimaschutz und Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Wir schlagen dafür differenzierte Ansätze vor:

Kleine und mittelständische Betriebe

Mittelständische Unternehmen und kleinere Betriebe bilden das wirtschaftliche Rückgrat Schleswig-Holsteins. Kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) mit bis zu 50 Mitarbeiter*innen machen 98 % der schleswig-holsteinischen Unternehmen aus. Wir wollen die nachhaltige Transformation bei diesen Betrieben unterstützen und streben an, Fördergelder an die Klimawirksamkeit koppeln und Investitionen gezielt in Klimaschutz und Energiewende zu tätigen, sodass in diesen Geschäftsfeldern tätige KMU profitieren. So könnten Förderbedingungen an die Zukunftsfähigkeit von Unternehmen in Sachen Klima, Arbeitsplätze, Digitalisierung geknüpft werden. Auch Darlehensprogramme lassen sich an Klimaschutz-Effekte der Unternehmen koppeln. Unternehmen, die viel für den Klimaschutz tun, erhalten Landesdarlehen und Beteiligungskapital zu besseren Konditionen, etwa niedrigeren Zinsen. Unternehmen ohne Klimaschutzbemühungen erhalten Landesgelder mit Zinsaufschlägen und nur, wenn sie sich verpflichten, mehr für den Klimaschutz zu tun. Klar ist aber auch, dass große Wirkungen für den Klimaschutz vor allem über systemische Ansätze auf höherer Ebene (Bund, EU), z.B. bei der CO₂-Abgabe, der Absenkung der EEG-Umlage u.a. zu erreichen sind.

Sicherheit für Solo-Selbstständige

Die Abdeckung der Lebenshaltungskosten von Solo-Selbstständigen ist nicht Bestandteil der Förderung und Unterstützungen des Bundes. Das Land Schleswig-Holstein hat den Kulturfonds, aus dem Kulturschaffende einen Zuschuss über 500€ beantragen können. Diese Summe wurde mit dem Konjunkturpaket nochmal aufgestockt auf Projekte bis zu 2500€. Für die meisten Solo-Selbstständigen kommen diese Hilfen nicht in Frage, da sie sich nur auf Kulturschaffende beziehen. Solo-Selbstständige gibt es aber auch viel in Handwerk, im Reinigungsgewerbe und bei Dienstleistungen. Die Unterstützung und Förderungen des Bundes beziehen sich nur auf die Unterstützung von betrieblichen Kosten. Ansonsten wird nur auf das System ALG-II verwiesen (Hartz IV).

Die Abgrenzung von betrieblichen Kosten und Lebenshaltungskosten ist bei Solo-Selbstständigen, kleinen Betrieben mit sehr wenigen Angestellten und Kulturschaffenden nur sehr schwer und in Einzelfällen möglich. Die Grenzen zwischen Berufs- und Privatleben sind oft verschwommen und zumeist sind nur wenige Betriebsmittel vorhanden, da im Wesentlichen die eigene Arbeitskraft eingesetzt wird.

Wir wollen deshalb für die kleinen Betriebe, Solo-Selbstständigen und Kulturschaffenden:

- die Hürden bei der Vergabe von Corona-Soforthilfen in Bezug auf die prozentualen geforderten Umsatzrückgänge absenken.
- Sofern der Finanzierungseingpass beim Solo-Selbstständigen im Haupterwerb dazu führt, dass er sein regelmäßiges Gehalt nicht mehr erwirtschaften kann, dient die Soforthilfe auch dazu, das eigene Gehalt und somit den Lebensunterhalt zu finanzieren.
- Hierfür soll ein „fiktiver Unternehmerlohn“ in Höhe der Pfändungsfreigrenze von 1.180 € pro Monat angesetzt werden.
- Die Möglichkeit der Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen muss bundesweit einheitlich geregelt werden.
- Sollten Solo-Selbstständige und Kulturschaffende aufgrund der Krise kein regelmäßiges Gehalt mehr erwirtschaften können, übernimmt der Staat auch die Mindestbeiträge der Sozialversicherungen für den Krisenzeitraum.

Solo-Selbständige haben besondere Anforderungen aber grundsätzlich sollten sie die gleichen Rechte und Möglichkeiten wie Arbeitnehmer*innen erhalten. Der Zugang zu sozialen Sicherungssystemen muss bezahlbar und flexibler werden. Wir setzen uns für eine deutliche Erleichterung beim Zugang zur Sozialversicherung und zur Arbeitslosenversicherung ein und wollen Möglichkeiten für die Beantragung von Kurzarbeiter*innengeld schaffen. Besonders solche Maßnahmen, die auch dem Klimaschutz dienen, wollen wir bei der Abwicklung der Soforthilfen fördern und im weiteren Verlauf mit Beratungs- und Fördermaßnahmen unterstützen.

Unternehmen mit signifikanten CO₂-Emissionen und Industrien

Auch wenn wir nur wenig Konzerne oder Großunternehmen mit signifikanten CO₂-Emissionen in Schleswig-Holstein haben, so sollten für den Fall benötigter staatlicher Unterstützung Hilfspakete dezidiert verhandelt werden. Am Fortbestand dieser Unternehmen hängen oftmals viele Arbeitsplätze. Umso wichtiger ist es, jetzt die Weichen für eine klimafreundliche Zukunft zu stellen. Grundsätzlich muss gelten: Wenn der Staat größere Unternehmen rettet, müssen diese einen Plan vorlegen, wie sie bis 2035 klimaneutral werden. Wir fordern vom Bund, seine Rettungsmaßnahmen daran auszurichten, dass sich Unternehmen zukunftsfest und klimaneutral weiterentwickeln.

Der Erhalt der industriellen Basis ist uns wichtig. Die konsequente Transformation zu nachhaltigen Materialien, Ressourceneffizienz, Energieeffizienz und Kreislaufwirtschaft ist unser Ziel. Kreislaufwirtschaft fördert Innovation, Zukunftsfähigkeit und Chancen auf allen Märkten. Forschungsprojekte, Start-ups und bestehende Unternehmen, deren Lösungen und Produkte auf Prinzipien der Kreislaufwirtschaft basieren, sollen besonders unterstützt werden. Die Nutzung von grünem Strom, grünem Gas und grünem Wasserstoff muss zum Standard werden, Produktionsprozesse müssen komplett auf eine neue Materialbasis umgestellt werden. Dies zu erreichen, erfordert eine kluge Kombination an Förderinstrumenten mit einer fortgesetzten und dynamisch zunehmenden Bepreisung von CO₂-Emissionen. Zum Beispiel stellt der Umstieg der Stahlindustrie von Hochöfen auf Direktreduktion mittels grünem Wasserstoff eine unmittelbare Dekarbonisierungsoption dar.

Deshalb wollen wir:

- Wirtschaftsförderung und Investitionsprogramme an geeignete Klimaschutzkriterien knüpfen.
- die Förderung und Stärkung von sozialunternehmerischen Geschäftsideen und gemeinwohlorientierten und solidarische Unternehmensformen voranbringen.
- ein Bonuspunktesystem für soziales, gesellschaftliches und gemeinnütziges Engagement etablieren.
- eine Aufstockung des Beteiligungsfonds der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft (MBG) des Landes, um Unternehmen benötigtes Eigenkapital zur Verfügung zu stellen.
- die Gründung einer gemeinsamen Innovationsagentur der norddeutschen Bundesländer zur Etablierung Norddeutschlands als gemeinsam agierendes Cluster in ausgetesteten Zukunftstechnologien (bspw. Wasserstoffspeicherung, -umwandlung, Batterieinnovation zur Speicherung grünen Stroms, E-Gaming etc.)
- ein gemeinsames norddeutsches Konzept für erneuerbare Produktion (Wind- und Solarstrom) und Nutzung von grünem Wasserstoff erarbeiten.
- die bevorzugte Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Unternehmen nach Nachhaltigkeitskriterien.
- eine proportionale Regulierung: Regulierungs- und Vorschriftentiefe und -anforderungen an Unternehmensgröße anpassen, wo es möglich ist.
- die Ordnungs- und Rahmenbedingungen schaffen, die ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften fördern.
- die Ergänzung des BIP auf Bundesebene durch einen Nachhaltigkeitsindex wie z.B. den NWI (Nationaler Wohlfahrtsindex).
- dass Infrastrukturen der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand bleiben bzw. wenn möglich wieder in öffentliche Hand zurückgehen.

Schleswig-Holstein zum Start-Up-Land und digitalen Standort machen

Unser Bundesland hat viele junge, innovative Köpfe, die mit ihren Ideen durchstarten wollen. Social Entrepreneurs, Start-Ups im Bereich der Nachhaltigkeit und der Digitalisierung können unser Land attraktiv für die Zukunft aufstellen und unsere Gesellschaft mit Ideenreichtum und Erfindungsgeist nach vorne bringen. Auch bei der Digitalisierung der Wirtschaft ist das Potenzial im Bereich Klimaschutz noch nicht ausgeschöpft. Gerade die Digitalisierung von Lieferketten, Produktionsverfahren und Vertrieb ist für viele Unternehmen aktuell noch nicht wirtschaftlich und viele Chancen werden bislang noch nicht genutzt. Hier müssen wir am Ball bleiben und gezielte Anreize setzen.

Die vielfältigen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit erfordern ein Umdenken - auch im Hinblick auf die Rolle der Wirtschaft und der Unternehmenstätigkeit bei uns im Land. Wirtschaftlichkeit und Gemeinnützigkeit müssen kein Widerspruch sein, sondern sollten zusammen gedacht werden. Deshalb fordern wir einen Gründungsfonds für soziales Unternehmertum, eine Vernetzung der schon tätigen Akteur*innen am Markt und niedrigschwellige Gründungsangebote für soziale Unternehmen. Wir wollen die Innovationsfähigkeit auch durch zusätzliches Gründungs- und Beteiligungskapital stärken.

Wir wollen die Förderung von Open-Source-Software fortsetzen und weiter auszubauen. Die Krise hat gezeigt, dass wir unabhängig von großen, multinationalen Softwareunternehmen bleiben sollten und mit der Souveränität unserer Daten große Vorteile erreichen können. Die Möglichkeit, eigene Software und Systeme agil an die Bedürfnisse einer Krise anpassen zu können, hat eindrucksvoll demonstriert, welche Vorteile eine offene Infrastruktur birgt.

Dafür wollen wir:

- die existierenden Mittel im Seed- und Start-Up-Fonds II aufzubauen und mehr Mittel und Flexibilität bei der Förderung von Innovationsassistent*innen für KMU zu ermöglichen.
- Gründungsangebote für soziale Unternehmen bspw. durch Inkubatoren oder Starter Centers zu stärken.
- die begonnene Einführung von Open Source-Software fortführen und die Unabhängigkeit von multinationalen Konzernen stärken.

Nachhaltiger Tourismus

Als wegen der Pandemie-Situation die Inseln, Küstenorte und touristischen Hot-Spots Schleswig-Holsteins für Reisende gesperrt waren, entdeckten viele Schleswig-Holsteiner*innen ihre Heimat neu. Beim Spaziergang an weiten Stränden ahnten viele: wir bezahlen die stete Steigerung der Übernachtungszahlen mit Staus und Hektik, obwohl die meisten Schleswig-Holstein-Gäste hier Ruhe und Naturerlebnis suchen. Statt mehr, schneller, teurer wollen wir den nachhaltigen, sanften Ökotourismus stärken. Der Urlaub vor der eigenen Haustür hat noch viele Potenziale. Wir wollen ihn stärken und damit Wochenend-Ferienflieger-Trips ersetzen.

Wir wollen vernetzte touristische Angebote etablieren, die landwirtschaftliche Betriebe, Kultur- und Umweltbildungseinrichtungen, nachhaltigen ÖPNV-Angeboten mit Erholung und Komfort verbinden. Dabei kann uns eine geschickte Kombination von Tourismusinfrastruktur und Klimaanpassung gelingen, etwa wenn wir die Förderung von Promenaden u.ä. so gestalten, dass diese auch dem Hochwasserschutz dienen. Statt auf den Größenwahnsinn der Kreuzfahrtindustrie sollten vor allem wir in Schleswig-Holstein auf diese zukunftsfähige Form von Tourismus setzen.

Deshalb wollen wir:

- die Förderung des Tourismus in SH und Entwicklung hin zum ökologischen, sanften, nachhaltigen Tourismus.
- eine projektbezogene Zusammenarbeit im Tourismusmarketing in Norddeutschland.
- mehr und besser ausgebaute Radwege mit E-Bike-Ladestationen und Touren-Apps, auch im Binnenland
- mehr Reitwege, auch im Binnenland.
- mehr Spaß-Naturerlebnis-Angebote, um auch Menschen, die im Urlaub keine Lust auf Bildung haben, für die Natur zu begeistern: z. B. Dünen-Rutschen, Schlammschlacht im Moor, Nachtwanderung im Wald. Natürlich nur in einem kleinen Bereich des jeweiligen Naturgebiets.

Den Schub nutzen: Wandel bei Energie und Bau

Dürre, Waldbrände, Wetterextreme: Die Gefahren für unser Klima sind erkannt und von der Wissenschaft breit und seit langer Zeit schon warnend beschrieben. Die Lösungen liegen aber auch klar auf der Hand: Wind und Sonne liefern uns unendlich Energie. Intelligente Energienutzung und Einsparung ist für unser Industrie- und Wissenschaftsland die Zukunftschance. Für die Eindämmung der Coronakrise wird vorbildlich viel mobilisiert; das ist gut so. Umso befremdlicher wirkt vor diesem Hintergrund aber, wie unzulänglich die Maßnahmen zum Schutz des Klimas waren und sind.

Ein Schlüssel, um Widerstandsfähigkeit (Resilienz) und Nachhaltigkeit zu erreichen, ist ein schneller, vor allem beherzter Umstieg auf erneuerbare Energien und eine konsequente Steigerung der Energieeffizienz und Einsparung. Wenn wir diesen Weg beschreiten, erhöhen wir auch unsere regionale und lokale Widerstandsfähigkeit, schaffen und schützen zukunftsfähige Arbeitsplätze, institutionalisieren Partizipation und senken – weil schon heute keine Energieform billiger ist als Wind- und Sonnenenergie – neben den indirekten auch noch die direkten Kosten. Investitionen in erneuerbare Energien sind wirtschaftlich krisensicher.

Deshalb wollen wir die Erzeugung regenerativer Energien fördern, vor allem durch dezentrale, integrierte Konzepte in Kombination mit Wärme-Erzeugung, Wasserstoff- oder Methan-Erzeugung, Mobilität und Speichern. Wir wollen weniger Holz für die Verbrennung (ca. 50% des bei uns geschlagenen Holzes geht unmittelbar in die Verbrennung) und dafür Abwärme (Biogas, Rechenzentren, Industrieprozesse) besser nutzen.

Erneuerbare Energien-Industrie stärken und eine Solardachpflicht einführen

Die deutsche Erneuerbaren-Industrie darf nicht weiter abgewürgt werden, sondern muss ihr volles Potential ausnutzen können. Der wesentliche Treiber für nachhaltige Arbeitsplätze ist die Wind- und Solarbranche. Um eine Dekarbonisierung gemäß dem vereinbarten Pariser Abkommen zu erreichen, brauchen wir einen bundesweiten Bruttozubau von jährlich ungefähr 10 GW on- und offshore Windkapazitäten. Für die Photovoltaik brauchen wir sogar noch um ein Vielfaches mehr. Denn Strom wird die neue Primärenergie sein. Wir brauchen ihn für einen emissionsfreien Wärme- und Verkehrssektor. Auch um grünen Wasserstoff herzustellen, müssen wir sicherstellen, dass ausreichend erneuerbarer Strom verfügbar ist.

Um diese Ausbaupfade zu erreichen, dürften Mieterstrom, Bürgerenergie und Sektorenkoppelung nicht weiter behindert werden, sondern müssen durch die Sofortmaßnahmen entfestelt werden. Hierfür muss beispielsweise „Nutzen statt Abregeln“ gelten. PV-Freiflächenausweisungen müssen ausgeweitet werden und Gemeinden ermutigt werden, diese in ihrem Gemeindegebiet anzustoßen. Dafür sollen Photovoltaik-Freiflächenanlagen im Bereich von 110m beiderseits von Autobahnen und Schienen erleichtert geplant werden, auch in Kombination mit landwirtschaftlicher Nutzung, um die sogenannte „Sonnen-Ernte“ zu erleichtern. Dadurch wären für diesen Bereich weder Flächennutzungsplan (F-Plan) noch Bebauungsplan (B-Plan) anzupassen und der Ausbau der Solarenergienutzung zeitnah machbar. Nachhaltig betriebene PV-Freiflächenanlagen sind deutlich insekten- und vogelfreundlicher als konventionell betriebene landwirtschaftliche Ackerflächen.

Durch den massiven Zubau der Photovoltaik werden weitere Netzausbaumaßnahmen erforderlich werden. Stromleitungen sind Klimaschutzinfrastruktur. Wir brauchen neue Netze und zwar so wenig wie möglich, aber so viel wie nötig. Deshalb werden wir den Stromnetzausbau auf allen Netzebenen konstruktiv weiter begleiten.

Mit energetischer Sanierung das Handwerk stärken

Einen neuen Schub vor allem für das lokale Handwerk kann eine Pflicht zum Einbau von Photovoltaikanlagen beim Neubau und bei der Dachsanierung geben, wie es viele Kommunen und Städte bereits eingeführt haben. Wir brauchen dafür in der Baugesetzgebung und in der Landesentwicklungsplanung eine verpflichtende Verankerung der Solardachpflicht und die Strategie der Nullemissionshäuser/Niedrigstenergiebauweise für Gewerbe und Wohnraum.

Wir müssen die nachhaltige Gebäudedämmung – bevorzugt mit nachhaltig erzeugten biobasierten Materialien – auf das fünffache sozial verträglich für Mieter*innen beschleunigen, brauchen eine Abwrackprämie und weitere Fördersysteme für den klimafreundlichen Ersatz von fossilen Heizungen. Hierzu brauchen wir aber zunächst einen Marktrahmen, der Eigentümer*innen nicht dafür bestraft, Klimaschutzmaßnahmen zu machen. Eine Offensive für Ausbau und Schaffung von intelligenten Wärme- und Kältenetzen, intelligente Nutzung von Solar- und Geothermie, Wärmepumpen, sowie die umfassende Nutzung der lokal vorhandenen Abwärmepotenzialen hilft darüber hinaus. Eine neu zu schaffende Sanierungspflicht sollte zur Durchführung der notwendigen Maßnahmen (z.B. verpflichtende Wärmeplanung etc.)

mit geeigneten Förderinstrumenten kombiniert werden. Serielles Sanieren bietet die Chance, Sanierungen einfacher und günstiger zu machen. Durch ein staatliches Investitionsprogramm soll der Aufbau serieller Fertigungen unterstützt werden. Bei einer energetischen Sanierung ist der Quartierssanierung der Vorzug vor der Sanierung des einzelnen Gebäudes zu geben. Das gilt insbesondere für den Umbau der Fernwärmenetze auf Erneuerbare Energien. Die kommunalen Denkmalschutzsatzungen in Schleswig-Holstein sind so umzugestalten, dass auch Grundeigentümer*innen ohne unverhältnismäßig hohen wirtschaftlichen Aufwand sanieren können.

Wir brauchen energiewendeorientierte Umschulungsprogramme für Arbeitsplätze, besonders im Handwerk. Ohne qualifizierte Handwerker*innen wird weder der Ausbau der Erneuerbaren, noch der Umbau unserer Straßen, Häuser und Städte gelingen. Wir wollen daher die Weiterbildung Gebäudeenergieberater*in (HWK) fördern und so gleichzeitig regionale Wertschöpfung stärken. Wir unterstützen die Ausbildung und Umschulung in Handwerksberufe. Insbesondere in den Berufen, die für die Energiewende wichtig sind, fördern wir die Ausbildung und Umschulung von Frauen.

Regulatorischer Rahmen für Partizipation

Alle Investitionsprogramme bleiben potenziell ein Strohfeuer, wenn der solide, regulatorische Rahmen fehlt. Investitionen in die Infrastruktur sind nur ein Teil der Gleichung. Ein wesentliches Element hierfür im Energiebereich betrifft das Energiemarktdesign: Wir brauchen ein partizipatives Marktdesign, das den Betrieb der Infrastrukturen koordiniert und nachhaltige Investitionen auch bei Erzeugung und Verbrauch ermöglicht. Hierzu brauchen wir ein belastbares Konzept für die nächste Legislaturperiode.

Stromkund*innen sollen direkt am Strommarkt teilnehmen: Wir wollen die technischen Möglichkeiten der Digitalisierung dafür nutzen, dass Letztverbraucher*innen ständig über den jeweiligen Preis informiert werden und mit diesen Preissignalen ihr Verbrauchsverhalten der Verfügbarkeit des Stromangebotes anpassen können. Deshalb wollen wir Preise statt mischkalkulatorischer Tarife beginnend bei Gewerbetreibenden und Haushalten mit hohem Stromverbrauch. Damit soll die Knappheiten im System bestimmt werden und eine solidarische Energiewende gestaltet werden, bei der alle Akteur*innen zur Versorgungssicherheit beitragen und von ihr profitieren.

EEG-Novelle mit Ambition: Statt kleiner Änderungen brauchen wir einen starken Schub, um den Ausbau von Wind- und Solarenergie zu beschleunigen, die Sektorenkopplung zu starten und zu einer bürger*innennahen, partizipativen Energiewende zu gelangen. Ein wichtiges Element ist dabei ein planbar steigender, alle Sektoren jeweils hinreichend erfassender, CO₂-Preis auf alle Treibhausgase, sowohl im europäischen als auch im nationalen Bepreisungssystem ab 2021, der gleichermaßen auf Importe erhoben wird. Ein steigender Treibhausgas-Preis setzt viele richtige Signale, belastet aber die Menschen auch. Er muss daher sozialverträglich mit einer Rückzahlung als Energiegeld für Alle ausgestattet sein. Bei einer Reform des EEG ist zur wirtschaftlichen Herstellung von grünem Wasserstoff die EEG-Abgabe für Elektrolyseure zu streichen.

Das überkomplexe Energierecht soll einfacher und verständlich werden: Wir brauchen einfachere Anforderungen für Aufdach-PV, Mieterstrom, Recht auf grüne Wärme, ein Ende der Stromabschaltungen und eine Beteiligung der Bürger*innen und Kommunen am Energiemarkt. Teilhabe macht die Energiewende zur Sache Aller und fördert die Motivation und Kapitalbereitstellung.

Nur ein sehr partizipatives System kann der Größe der Aufgabe, ihrer Dringlichkeit und dem Anspruch auf demokratische Teilhabe an der Transformation gerecht werden. Damit setzen wir die private Innovationskraft frei und nutzen gleichzeitig die günstigen Kapitalkosten der Privathaushalte.

Deshalb schlagen wir diese Leitlinien eines intelligenten Marktdesigns vor:

- Alle können, alle sollen mitmachen – ob mit solidarischer Versorgung für sich und Nachbar*innen, Bürgerenergie in größeren Projekten Teilhabe an Infrastruktur wie Strom- und Gasnetzen.
- Planungssicherheit, bzw. einen belastbaren Investitions-/Refinanzierungsrahmen für Erneuerbare und Systemintegrations-Technologien.
- Die bestmögliche Kombination von Flexibilitäten in Raum (Netze) und Zeit (Sektorenkopplung, aktiven bzw. „passiven“ Speichern) für ein funktionierendes, vernetzt-zelluläres System (vom Kleinst-Quartier bis hin zum ganzen Stadtteil oder zum Einzugsgebiet eines Netzknotens, inkl. Mobilität und Wärme). Dabei gilt grundsätzlich: so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig.

Europäische Wind- und Solaroffensive

Europa hat sehr hohe Potentiale für saubere Energie – vom Norden Finnlands bis an die Südspitze von Griechenland, von der Irischen Küste bis ans Schwarze Meer. Diese können wir sowohl dezentral als auch durch die systematische Nutzung bestehender und den gezielten Ausbau neuer Leitungen zum innereuropäischen Energieausgleich nutzen. Ein solcher koordinierter Ansatz zu Erzeugung und Transport von erneuerbarem Strom gewährleistet weiterhin hohe Versorgungssicherheit und ist der energetische Grundpfeiler für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort Europa. In diesem Bereich sind auch Sofortmaßnahmen, wie eine europäische Solarinitiative, sinnvoll und möglich. Die Nutzung des gesamten europäischen Potentials brauchen wir vor allem für den Aufbau von innovativen Technologien für Sektorkopplung und grünem Wasserstoff. Dazu zählen Elektrolyseure jeder Größe, Brennstoffzellen, Großwärmepumpen, Batteriespeicher, Wärmespeicher, vernetzte Steuerungstechnik: Das sind Technologien, die wir auf dem gesamten europäischen Kontinent nutzen können. Eine stärkere europäische Fertigungsbasis sollte für Solarmodule gezielt wieder aufgebaut und für Windenergieanlagen erhalten werden. Konjunkturprogramme sollten an diesen ökologisch wirksamen Punkten ansetzen.

Die Wege, die wir geh'n



Die Coronakrise trifft Kinder und Jugendliche unterschiedlich hart: Wer in engen Wohnungen, wer ohne Garten, wer ohne Internetanschluss und ohne einen ruhigen Platz für die Hausaufgaben lebt, wer keine Eltern hat, die beim Lesen, bei Physik und Englisch helfen können, den treffen geschlossene Kitas und Schulen härter. Für Kinder und Jugendliche, die in einer Umgebung ohne Anregung leben, ohne Kontakt zu Freundinnen und Freunden, haben fünf Monate ohne regulären Schulbesuch und Monate ohne Kita besonders harte Auswirkungen. Für Kinder, die ohnehin schon Gewalt in den Familien erleiden müssen, ist buchstäblich niemand mehr da, dem Blessuren und Verletzungen überhaupt auffallen können.

Unser Bildungssystem darf kein Kind zurücklassen

Seit knapp 20 Jahren wird in den Bundesländern über den Einfluss der sozialen Herkunft auf den Bildungserfolg gesprochen, ohne dass wir mit unseren kleinen Verbesserungen auch nur in die Nähe der Staaten kommen würden, die diese Abhängigkeiten nahezu egalisieren. Die ungleichen Bedingungen, unter denen Kindern leben und lernen, ist in diesen Monaten noch einmal ganz besonders in den Blick gerückt. Daraus sollten wir unsere Schlüsse ziehen. Bevor nach den Sommerferien hoffentlich eine Rückkehr zum Normalbetrieb erfolgt, sollte in den ersten Wochen besonderes Augenmerk darauf verwendet werden, wie die Schüler*innen die lange Schulabstinenz verkraftet haben: Nicht in allererster Linie, was die schulischen Kompetenzen angeht, sondern auch ganz persönlich. Das braucht Zeit und Einfühlung. Vor einem Neustart nach so einer langen Pause muss der Einstieg darauf Rücksicht nehmen.

Vor allem mit unseren Perspektivschulen werden wir analysieren, wo besondere Unterstützungen nötig sind. Der Lernsommer, der in Schleswig-Holstein angeboten wird, ist genau für die Schüler*innen gedacht, die besonders auf Anregungen aus dem schulischen Kontext angewiesen sind. In diesem Jahr kann der Lernsommer erstmal nur improvisiert werden. Wir wissen aber, dass oft Kinder aus benachteiligten Familien oder Schulstandorten in den Ferien besonders gut Impulse gebrauchen können. Wie und ob ein zielgenaues, effektives und attraktives Programm auch auf Dauer für diese Kinder und Jugendliche etabliert werden kann, wollen wir im Gespräch und auf Grundlage der gemachten Erfahrungen in diesem Sommer ermitteln. Wichtig ist dabei, dass Angebote kreiert werden, die von den Kindern und Jugendlichen als Sprungbrett, nicht als Nachsitzen empfunden werden.

Aber wir müssen das Problem mangelnder Bildungsgerechtigkeit auch grundsätzlich angehen. Solange es leistungsdifferenzierende Schularten gibt, werden unweigerlich bereits während kindlicher Entwicklungsphasen soziale Milieus abgebildet. Erreichen Schüler*innen nicht die Mindeststandards und in der Folge Regelstandards ihrer Abschlüsse, so muss deren Berufsfähigkeit mit viel Aufwand nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule hergestellt werden, was berufsbildende Schulen, Betriebe und Hochschulen vor vielfältige Probleme stellt. Fakt ist auch, dass Bildung in Deutschland immer noch stark unterdurchschnittlich finanziert wird. Flexiblere Lernmodelle, die immer mehr Aufwand bedeuten als Präsenzunterricht sind so kaum realisierbar.

Viele Schulen sind in einem schlechten baulichen Zustand und Lehrkräfte fehlen. Das gilt schon in den Regelklassen, wird aber in den Integrationsklassen noch viel deutlicher. Hier fehlt es noch gravierender an Lehrkräften, um durchgehend gute Betreuung zu gewährleisten. Dass Kinder von Lernbegleitungen unterstützt werden, kommt oft der ganzen Klasse zugute. Dieses Konzept ist jedoch eines, das nur im Präsenzunterricht vorgesehen ist. In der Krise wurde sehr deutlich, dass Schüler*innen, die im Unterricht begleitet werden, zu Hause in der Regel keine gleichwertige Unterstützung bekommen konnten und deshalb ihre Eltern vor große Aufgaben gestellt wurden.

Unser Ziel ist es, die Chancengleichheit für Schüler*innen substanziell zu unterstützen und hierfür auch strukturelle Hemmschuhe auszuziehen. Bessere Chancen für alle Schüler*innen, also auch für die Besten unter ihnen, ist durchgängiges Prinzip unserer Schulpolitik. Schlüssel für Verbesserungen ist nach wie vor das längere gemeinsame Lernen in einem den Schüler*innen entsprechenden Umfeld – sowohl personell als auch baulich als auch kulturell.

Die Coronakrise mit all ihren gesellschaftlichen Nebenwirkungen und politischen Diskussionen wirft zudem einmal mehr die Frage auf, ob die vermittelten Inhalte an unseren Schulen noch dem entsprechen, was Schüler*innen von der Gesellschaft erwarten und auch was die Gesellschaft heute von Schulabgänger*innen erwartet. Die Frage von Fachstrukturen und Fachanforderungen muss diskutiert werden. Ebenso sollten wir das überwältigende Engagement vieler Schüler*innen in der Krise zum Anlass nehmen, um endlich zu einer demokratischeren Schule mit mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten zu kommen. Die Stimmen von Kindern und Jugendlichen muss allgemein in der Gesellschaft mehr gehört werden.

Digitale Schule

An vielen Schulen gab es seit der Corona-Schließungen einen Digitalisierungsschub, manchmal auch eher einen Stupser. Noch immer braucht es vermehrt technische Unterstützung – für die Schulen, aber auch für die Familien. Wir können nicht zulassen, dass ein Teil der Schulen, Kinder und Jugendlichen abgehängt wird, weil die Ausstattung nicht stimmt. Wir freuen uns, dass über das Bildungs- und Teilhabepaket ein Zugang zu digitalen Geräten geschaffen werden kann. Darüber hinaus ist eine stärkere Verankerung von digitalen Lehranwendungen in der Lehramtsausbildung wünschenswert.

Aber auch jetzt sollte geregelt werden, wo Schüler*innen in öffentlichen Einrichtungen mit stabilem und gutem WLAN-Netz ruhige Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden können. Denn in den Monaten der Schulschließung wurde auch klar, wie oft Jugendlichen ein Platz zum ruhigen und konzentrierten Arbeit fehlt. So könnten Schülerinnen und Schüler ohne häusliche Arbeits- und Internetzugangsmöglichkeiten in Stadtbibliotheken, Computerräumen der Schule oder Jugendzentren arbeiten.

Das IQSH sollte den Schulen in der zweiten Jahreshälfte Angebote für Schulentwicklungstage machen, um an die Erfahrungen der Lehrkräfte zeitnah anzuknüpfen. Denn Digitalisierung bedeutet ja nicht nur technische Ausrüstung, sondern vor allem auch eine andere Form des Unterrichts. Die Arbeitsweise der letzten Monate bietet auch Chancen für Freiräume: Neue Wege der Digitalisierung und des individualisierten Unterrichts wurden erprobt. Und auch die Arbeit in kleinen Gruppen wurde als neu und intensiv erfahren. So könnte man z.B. ab der Sek I vereinzelte digitale Elemente und intensivere Betreuung in kleineren Schüler*innengruppen im regulären Unterricht kombinieren.

Deshalb wollen wir:

- zeitgemäße Lernformen unterstützen, z.B. nach dem „flipped-classroom-Modell“, um die Verantwortungsübernahme durch die Schüler*innen für ihren eigenen Lernerfolg zu fördern.
- pädagogisch flexiblere Lernmodelle, in denen nicht mehr in Klassen, sondern in unterschiedlichen Lerngruppen gedacht wird, die fachbezogen, fachübergreifend, jahrgangsübergreifend oder projektbezogen sein können.
- Lehrer*innen, die zur Risikogruppe gehören oder mit einer Person der Risikogruppe in einem Haushalt leben, verstärkt den E-Learning-Bereich betreuen lassen, um nicht in der Schule anwesend sein zu müssen.
- die Vorteile der kleinen Lerngruppen weiter nutzen und dafür gezielt mehr multiprofessionelle Teams (Schulsozialarbeiter*innen, Schulbegleiter*innen, Lernbegleitung, Integrationshilfe, Teilhabeassistenzen u.a.) zur Verbesserung der Lernbedingungen gewinnen und außerschulische Partner*innen mit einbeziehen.

- uns weiter für eine Bekämpfung des Sanierungsstaus der Schulgebäude einsetzen und einen verlässlichen Investitionsplan der öffentlichen Hand entwickeln.
- das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und den Schutz von personenbezogenen Daten auch an Bildungseinrichtungen im Unterricht ebenso wie in der Schulverwaltung schützen.
- für höchste Datenschutzstandards und eine sorgfältige Auswahl und Prüfung der Software und Hardware und deren Anbieter sorgen.
- ein verstärktes Angebot an Qualifizierungsmaßnahmen und -standards für die neuen Herausforderungen der Digitalisierung für Lehrkräfte ermöglichen.
- uns für hauptberufliche IT-Beauftragte an den öffentlichen Schulen einsetzen, um die Lehrer*innen von diesen nicht-pädagogischen Aufgaben zu entlasten.
- Schule grundsätzlich ganztägig mit Präsenzphasen von Lehrkräften ausrichten, dafür die Arbeitszeiten von Lehrkräften neu ordnen und die Arbeitsmöglichkeiten samt technischer Ausstattung an den Schulen verbessern.
- ein wirksames Bildungsmonitoring einführen, das schulaufsichtliches und bildungspolitisches Handeln fundiert und legitimiert.

Kinder-, Familien-, Frauen*-Politik mit Kita und Betreuung zusammendenken

Was zu Beginn der Coronazeit für viele noch nach viel netter Familienzeit aussah, entwickelte sich schnell zu einer unlösbaren Aufgabe für viele Familien und insbesondere Mütter. Auch wenn unsere Gesetzgebung gleichberechtigt aufgestellt ist, sehen wir gerade jetzt einen feministischen Rollback. Hierzulande sind immer noch sehr viel mehr Mütter, als Väter in Teilzeit beschäftigt. Das wird nun für viele zur Falle: Gleichzeitig arbeiten und Kinder betreuen bzw. unterrichten ist ein Ding der Unmöglichkeit. Wer zu pflegende oder zu betreuende Angehörige hat oder keine Möglichkeit hat, die Verpflichtungen des Jobs ins Homeoffice zu verlagern, hat kaum eine Chance, Care- und Lohnarbeit vereinbar zu machen. Auch diejenigen, die Arbeit im Homeoffice erledigen können, brauchen die Möglichkeit konzentriert zu arbeiten. Neben der Kinderbetreuung und Homeschooling ist das, wenn überhaupt, nur phasenweise möglich.

Kein Rollback der Geschlechterklischees

In den Familien fallen deshalb vielfach die Partner*innen in alte Geschlechter-Klischee-Rollen zurück. Frauen* übernehmen ersten Untersuchungen zufolge einen deutlich größeren Anteil der Care-Arbeit und fangen an, ihre Arbeitszeit sowie damit verbunden ihr reales Einkommen zu reduzieren – entweder freiwillig oder weil Arbeitgeber*innen sie in Kurzarbeit drängen oder weil sie noch häufiger Krankentage der Kinder abdecken müssen. Neben den kurzfristigen negativen Auswirkungen kann die Reduzierung der Arbeitszeit dazu führen, dass die betroffenen Frauen* auch in Zukunft Folgen der Krise in ihrem Erwerbs- und Privatleben schmerzlich spüren: Keine interne Weiterentwicklung, keine Berücksichtigung bei Beförderungen sowie das langsame Unsichtbarwerden im Homeoffice und gesundheitliche Folgen durch die tägliche Überlastung werden immer wahrscheinlicher. Klar ist auch, dass eine Reduzierung der Arbeitszeit sich negativ auf die Renten- und Arbeitslosengeldansprüche und eventuelles Elterngeld auswirken wird. Die traurige Feststellung: „Altersarmut ist weiblich“ zementiert sich durch die Krise weiter, wenn wir hier nicht gegensteuern.

Die Doppelbelastung Homeoffice und Kinderbetreuung plus Homeschooling ist also immens und hat weitreichende Folgen. Es wäre nur logisch, diesen Eltern auch die Möglichkeit der Freistellung zu bieten und analog zum Kurzarbeitergeld ein Corona-Elterngeld zu zahlen. Das beinhaltet auch einen Kündigungsschutz und würde damit vielen Eltern die Sorge nehmen, nach der Krise ohne Job da zu stehen.

Darüber hinaus sollte ein Corona-Kindergeld gezahlt bzw. der übliche Kindergeldbetrag aufgestockt werden. Denn für viele Familien, die von wenig Geld leben müssen, ist es eine Herausforderung, wenn die Kinder plötzlich nicht mehr in der Kita oder der Schule mittagessen, sondern jeden Tag zu Hause Essen bekocht werden müssen. Die 300€, die nun vom Bund einmalig an alle Eltern pro Kind ausgezahlt werden sollen, um „deren Leistung zu würdigen und gleichzeitig die Konjunktur anzukurbeln“ erscheinen im Angesicht der Leistungen von Familien in den letzten Wochen eher hilflos. Diese Prämie wirkt ziellos, da es allen Familien zugestanden wird, egal, ob diese Bedarf an Geldleistungen und zusätzlichen Mitteln zum Konsumieren haben oder nicht. Das Problem fehlender Perspektiven bei der Beschulung, Betreuung und beim Kinderschutz allerdings löst solch eine Zahlung nicht.

Das existierende Ehegattensplitting muss nun endlich abgeschafft werden. Verheiratet zu sein, ist an sich kein gesellschaftlicher Wert. Wer Kinder großzieht, leistet einen gewaltigen Beitrag zu unserer Gesellschaft – das muss honoriert werden. Aber auch, wer erwachsene Angehörige im eigenen Haushalt pflegt, sollte für die Pflege dieser Personen einen Steuervorteil genießen. Unser Vorschlag: Alle in einem Haushalt lebenden Personen, also neben Eltern auch Kinder und zu pflegende Angehörige, werden gemeinsam steuerlich veranlagt. So unterbrechen wir die Kette, dass Frauen* oft weniger arbeiten, weil sie in der schlechteren Steuerklasse weniger verdienen und automatisch mehr Care-Arbeit übernehmen.

Kitas, wir brauchen euch!

Eine gute, verlässliche und flexible Kindertagesbetreuung ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch durch frühkindliche Bildung ein wichtiger Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit. Verlässliche und flexible Betreuungszeiten, weitestgehende Beitragsfreiheit für Eltern, qualifiziertes Fachpersonal, Qualitätsstandards für das Betreuungs- und Bildungsangebot sind die Säulen für eine moderne Kindertagesbetreuung.

Wie entscheidend eine verlässliche Kinderbetreuung für berufstätige Eltern ist, zeigt sich gerade in der Coronakrise. Es wurde deutlich, dass mehr Berufsgruppen vom Schichtdienst betroffen sind. Um Hygienestandards einzuhalten, wird sich das Arbeiten in Schichten voraussichtlich weiter ausbreiten. Die Kinder selbst haben einen Anspruch auf Erziehung, Bildung und Betreuung. Um diesen Rechtsanspruch realisieren zu können brauchen wir erster Linie mehr Fachkräfte. Hier zeigt sich die gleiche Problematik, wie bei den Pflegekräften.

Die Ausbildung ist aufwendig, der Beruf anspruchsvoll und wie uns die Krise lehrt: systemrelevant. Dafür ist auch in diesem Bereich die Ausbildung, wenn überhaupt, zu gering vergütet und auch der Beruf Erzieher*in ist zu schlecht bezahlt. Besonders gravierend zeigt sich das in Vergleich zum Berufsbild Grundschullehrer*in.

Sollte es zu einer zweiten Corona-Welle kommen, müssen wir die Familien und die Kinder mehr in den Vordergrund stellen. Dazu brauchen wir Betreuungsangebote für alle Kinder in Krippe, Kita und Grundschule, die wirklich allen Eltern zur Verfügung stehen und die es in Bezug auf die Betreuungszeiten beider Elternteile ermöglichen, ihrer regulären Beschäftigung ernsthaft nachzugehen – egal, ob im Homeoffice oder anderswo. Spätestens nach den Sommerferien sollen in Schleswig-Holstein wieder alle in solchen Betreuungsverhältnissen unterkommen, wenn die Infektionszahlen das zulassen. Sollte es zu einer zweiten Welle kommen, muss betreuter Unterricht und E-Learning in der Notbetreuung möglich sein. Es macht keinen Sinn, dass Kinder in der Notbetreuung nur „verwahrt“ werden und anschließend noch mit ihren Eltern, die als Ärzt*innen, Krankenpfleger*innen, Verkäufer*innen oder in anderen systemrelevanten Bereichen einen anstrengenden Arbeitstag hinter sich gebracht haben, Matheaufgaben oder Englischgrammatik lernen sollen.

Kinder, die einer Risikogruppe angehören, müssen beim E-Learning besonders berücksichtigt werden. Sie werden noch eine lange Zeit nicht in die Schule gehen können. Dies ist nicht nur im Hinblick auf ihren Bildungsweg problematisch, sondern auch, weil ihnen soziale Kontakte zu Freund*innen noch lange fehlen werden. Beziehungspflege durch Lehrkräfte oder Schulsozialarbeiter*innen kann hier zumindest etwas Linderung verschaffen.

Deshalb wollen wir:

- ein Zurückfallen in traditionelle Rollen- und Familienbilder nicht hinzunehmen.
- dass in zukünftigen Öffnungs- oder Schließungsdebatten der Bildung und Betreuung der Kinder eine höhere Priorität eingeräumt wird.
- echtes E-learning mehr in den Fokus zu stellen.
- ein Corona-Elterngeld mit Möglichkeit zur Kurzarbeit sowie einen Kündigungsschutz für Eltern mit Kinder unter 12 Jahren.
- eine deutliche Aufstockung des monatlichen Kindergeldes als Corona-Kindergeld.

- eine Ausweitung der Kinderkrankentage in Pandemiezeiten.
- die Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten eines Familiensplittings.
- die Ausbildung von Erzieher*innen finanziell anders aufstellen und diesen Bereich finanziell besser zu entlohnen
- den Ausbau des Betreuungsangebotes zu Randzeiten und die Möglichkeiten von Übernachtbetreuungen vorantreiben. Die Betreuung muss flexibler in Anspruch genommen werden können (maximale Betreuungszeiten pro Monat, statt pro Woche).
- auch die Kitas an der Digitalisierung teilhaben lassen damit Verwaltung, Organisation und Kontakt zu den Eltern reibungsloser laufen können.

Kulturelle, ökologische Bildung, Jugendkultur und den Sport fördern

Die Coronakrise zeigt, dass Kultur wichtig für Kinder und Jugendliche ist. Doch kulturelle Bildung und Ausflüge zu Kulturveranstaltungen finden immer weniger Raum in den engen Schulplänen. Kulturausflüge sollte in Kitas und Schulen (auch Berufsschulen) wieder mehr Raum gegeben werden. Zudem stellt die kulturelle Bildung ein wichtiges Standbein für viele Künstler*innen dar und kann von ihnen am besten vermittelt werden. Daher sollten freischaffende Künstler*innen stärker in den Schulunterricht oder das Ganztagsprogramm mit eingebunden werden. Nicht zuletzt sollte die Jugendkultur wie Youtube, Tanz, Graffiti, Musik usw. in der Kulturförderung besser integriert werden.

Durch die Coronakrise verbringen die Menschen mehr Zeit zuhause. Dies führt nicht nur im Sportsektor zu finanziellen Einbußen durch Ausbleiben der Zuschauer*inneneinnahmen oder weniger Teilnehmer*innen für abgesagte Veranstaltungen (Volksläufe, Triathlon, etc.), sondern auch im privaten Bereich zur vermehrten Relevanz der Möglichkeit nach einem umfassenden Sport- und Bewegungsangebot für jede*n. Gerade jüngere Menschen sind durch die Bewegungsknappheit in ihrer physischen und psychischen Entwicklung beeinträchtigt. Dass diese zwangsweise – auch durch die Einführung digitaler Lernformen – deutlich mehr Zeit mit technischen Geräten verbringen, führt zu Handlungsbedarf in Sachen eSports und Prävention.

Daher wollen wir:

- eine individuelle finanzielle Unterstützung zum Erhalt des Spitzensports, die an klare Policies geknüpft ist und die Vereine dazu anhält, nachhaltiger und geschlechtergerecht zu wirtschaften.
- den Einzug des Sports in den Alltag durch die Schaffung von Sportangeboten sowohl im Stadtbild als auch im ländlichen Bereich in Form von Sportstätten fördern.
- dem Bewegungsmangel von Kindern entgegenzuwirken, indem der Schulsport langfristig gestärkt wird, um nach Corona den verlorenen Trainingszustand zu kompensieren.
- Schwimmsportstätten in ländlichen Regionen schaffen und den bestehenden Sanierungsstau abzubauen.
- eSports in der Abgabenverordnung als gemeinnützig anerkennen, damit Vereine die Möglichkeit bekommen, jüngeren Menschen den kontrollierten Umgang mit Gaming und digitalen Geräten näher zu bringen.
- ein Sportangebot in das Sommerferienprogramm integrieren, um neben Mathe und Deutsch auch Rückstände im gesundheitlichen Bereich auszugleichen.
- nicht nur die medizinische Forschung, sondern auch die naturwissenschaftliche Bildung und Ausbildung fördern, um ein nachhaltiges Bewusstsein für den Wert der Natur zu schaffen und die Chancen der Coronakrise zu nutzen.

Soziale Infrastruktur und kommunale Präventionsketten stärken

Vulnerable Gruppen, insbesondere Kinder aus armen oder schwierigen familiären Verhältnissen, mit Behinderungen, mit Fluchthintergrund, aus Familien mit psychischen Erkrankungen, aus Familien mit chronischen Erkrankungen, bedürfen gerade in Krisenzeiten besonderem Schutz. Sie sind gesundheitlich und sozial höheren Risiken ausgesetzt und deshalb auf eine funktionierende soziale Infrastruktur angewiesen.

Insbesondere Kinder mit Förderbedarf müssen aufgefangen werden, brauchen neben persönlicher Ansprache, gezielte Förderangebote und einen niedrigschwelligen Zugang zu sozialpädagogischer und therapeutischer Unterstützung. Müssen noch einmal Schulen oder Kitas geschlossen werden, müssen wir diese Kinder besonders berücksichtigen, denn ihre Förderung und Betreuung lässt sich noch schwerer mit einer Berufstätigkeit der Eltern vereinbaren.

Für Kinder und Jugendliche mit gesundheitlichen Risiken müssen individuelle, flexible Ausnahmeregelungen und Unterstützungsangebote ermöglicht werden. Begleitende therapeutische und unterstützende Maßnahmen sind erforderlich. Besondere Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen, die nicht in ihren Familien leben, müssen berücksichtigt werden. Stationäre Einrichtungen, Kindernotdienste, Wohngruppen, Heime, Pflegeeinrichtungen, Einrichtungen für Geflüchtete und Asylbewerber*innen, Frauenhäuser müssen gezielt unterstützt werden.

Hierbei haben die Kommunen eine Schlüsselrolle. Sie stellen die Infrastruktur für die Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien sicher. Hierzu benötigen die Kommunen in der Krise mehr Geld, dass ein Landes-Förderprogramm zur Unterstützung bei der Koordination von ämter- und dezernatsübergreifenden Angeboten für Kinder, Jugendliche und Familien. Hierzu kann der Ausbau bestehender Strukturen wie Familienzentren dienen, aber auch das Aufstellen neuer Hilfen.

Wirksam gegen Gewalt vorgehen

Das „Physical distancing“ verursacht bei vielen Menschen Stress, Enge, Existenzängste oder Einsamkeit. Mit der Beschränkung auf den häuslichen Raum verschärft die Gefährdungslage für von Gewalt betroffene Frauen* und Kinder. Frauen* ist es im eigenen Zuhause oft nicht möglich ist, Beratungen von dort aus in Anspruch zu nehmen. Die Frauen*beratungsstellen rechnen auch deshalb mit einer großen Welle Hilfesuchender nach dem Höhepunkt der Krise, für die sie noch nicht gewappnet sind. Durch Träger und Finanzierer von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche ist sicherzustellen, dass Schutzkonzepte flächendeckend eingeführt werden. Das Personal muss im Umgang entsprechend sensibilisiert und geschult werden, damit ein wirksamer Kinderschutz gelebt wird.

Deshalb wollen wir:

- den Ausbau aufsuchender Beratung in Regeleinrichtungen fördern.
- diesen Kindern und Jugendlichen besondere Aufmerksamkeit widmen.
- Frauenhäuser weiter ausbauen und in Pandemiezeiten notfalls auch kurzfristig andere Unterkünfte, wie Hotelzimmer, anmieten.
- Beratungsstellen durch Bund und Land finanziell unterstützen, um eine bessere personelle Ausstattung zu ermöglichen und um die technischen Voraussetzungen für online Beratungen zu schaffen.
- eine neue Gewaltschutzkampagnen auflegen – insbesondere über Social-Media-Kanäle.
- Die Ausstattung von Beratungsstellen und Einrichtungen mit ausreichend Desinfektionsmitteln und Schutzausrüstung sicherstellen.
- die Istanbul-Konvention endlich umsetzen und von einer unabhängigen Monitoring-Stelle beobachten und bewerten lassen.
- den Ausbau von Täter*innenberatungsstellen forcieren.

Mitbestimmung und Partizipation

Kinder und Jugendliche haben das Recht, ihr Umfeld und ihre eigene Zukunft und auch den Weg aus dieser Pandemiezeiten mitzugestalten. Sie sind Expert*innen in eigener Sache. Institutionen der frühkindlichen Förderung bis hin zu Bildungseinrichtungen haben einen Erziehungsauftrag: die Entwicklung von Kindern hin zu selbstbestimmten, eigenverantwortlichen, gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu fördern. Es werden Grundsteine gelegt, wenn die Beteiligung von Kindern an Entscheidungen in Krippen, Kitas und Schulen früh erfolgt. So werden Kinder ermutigt, ihre Wünsche und Beschwerden zu äußern und sich einzubringen (Primärprävention durch Stärkung des Selbstwertgefühls und Aufklärung). Dies fördert das Kindeswohl und ist der beste Schutz vor Gewalt.

Deshalb wollen wir:

- die Entwicklung einer Richtlinie zum Ausbau der Kinder- und Jugendbeteiligung in Einrichtungen für Kinder und Jugendliche.
- verstärkte Einbindung von Jugend-Interessenvertretungen/-Verbänden auf allen politischen Ebenen.
- frühzeitige und intensive politische und demokratische Bildung an Schulen beispielsweise durch Klassenräte oder durch den WiPo-Unterricht ab Klasse 7.
- das Wahlalter möglichst schon ab der nächsten Bundestagswahl auf 14 Jahre absenken.

Sicherer Hafen Schleswig-Holstein

Gesellschaftlichen Zusammenhalt in dieser schwierigen Zeit nicht aus den Augen zu verlieren, ist die wichtigste Aufgabe. Dazu gehört auch die Aufnahme, der Schutz und die Teilhabe zu uns geflohener und eingewanderter Menschen. Die Coronakrise hat undurchsichtige Strukturen sichtbar gemacht, zu Auseinandersetzungen geführt und veränderte Strukturen, aber auch Zusammenhalt geschaffen. Aus Unsicherheiten wurden neue Wege eröffnet, die vorher für ungangbar gehalten wurden und in Zukunft offenbleiben müssen. Die aufenthaltsrechtlichen Herausforderungen waren enorm: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat seine Arbeit in den Außenstellen für Monate eingestellt und damit auch die Bearbeitung von Asylverfahren. Das kann Auswirkungen auf die späteren Erteilungsvoraussetzungen für Aufenthaltsverfestigung, z.B. im Zugang zur der Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung, auf die Verweildauer in Landesunterkünften, aber auch auf die psychische Belastung asylsuchender Menschen haben. Dublin-Rückführungen wurden ausgesetzt, ohne zugleich allgemein zuzusagen, dass Deutschland nach der sechsmonatigen Frist alle Verfahren ins nationale Verfahren übernehmen würde. Damit geht große rechtliche Unsicherheit einher.

Die staatliche Asylverfahrensberatung nach §12a AsylG wurde für mehrere Monate vom BAMF ausgesetzt, während eine unabhängige Asylverfahrensberatung gleichzeitig in Schleswig-Holstein nicht existiert. Diese Lücke in Schleswig-Holstein muss nun endlich geschlossen werden.

Die Visastellen in den Auslandsvertretungen waren kaum erreichbar, Termine, auf die Monate bis teilweise Jahre gewartet wurde, verfallen und damit auch erstmal die Einreiseperspektive vieler Menschen. Kreisausländerbehörden haben von Woche zu Woche auf die veränderte Erlasslage reagieren müssen und konnten Antrags- und Entscheidungsprozesse nicht durchführen, die einer persönliche Vorsprache bedurften. Nicht verständlich ist, dass zur Absicherung der Menschen kein Bestandsschutz für bestehende legale Aufenthalte geschaffen wurde. Im Zuge der vielen Gesetzesänderungen hätte dies nicht fehlen dürfen und muss unbedingt nachgeholt werden. Aufenthalt muss verlässlich sein – auch in Krisenzeiten. Denn Aufenthaltsrecht bedeutet Existenz.

Die schleswig-holsteinischen Landesunterkünfte haben bis zur Höchstgrenze Asylsuchende aufgenommen. Zum einen, weil eine Weiterverteilung in andere Bundesländer unverantwortlich gewesen wäre, und zum anderen, weil die Kreisverteilung durch Corona erheblich erschwert wird und mit hohen Auflagen verbunden ist. Es ist von großer Bedeutung für hier ankommende Menschen, schnell ihr neues Leben beginnen zu können. Je länger Menschen in einem unsicheren Schwebezustand in den Erstaufnahmeeinrichtungen leben müssen, desto weniger kann unsere Gesellschaft erwarten, dass ein positives Verhältnis zu Deutschland bzw. Schleswig-Holstein und eine Identifikation mit dem neuen Zuhause aufgebaut werden kann. Dies setzt eine dezentrale Unterbringung in den Kreisen mit ordentlichem KiTa- und Schulzugang und gesellschaftlicher Teilhabe voraus.

Die Landesbehörden und Verwaltungen der Kreise, Städte, Gemeinden und Ämter haben mit einer stark ausgemerzten Personaldecke die Daseinsvorsorge aufrechterhalten. Das war und ist ein großer Kraftakt und verdient hohe Anerkennung! Das hat auch zu uns geflohenen Menschen Sicherheit gegeben – vor allem jenen, die aus Ländern kommen, in denen staatliche Strukturen anders agieren.

Der Auswahlprozess im humanitären Aufnahmeprogramm musste im Frühjahr leider ausgesetzt werden. Die Aufnahme minderjähriger Flüchtlinge aus den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln wurde trotz Zusage ausgesetzt. Auch wurden keine aus Seenot geretteten Schutzsuchenden nach Schleswig-Holstein verteilt – trotz der Aufnahmebereitschaft von 16 Sicherer-Häfen-Kommunen.

Corona hat auf allen Ebenen gezeigt, wie wichtig es ist, auch ohne Präsenztermine arbeits- und handlungsfähig zu sein. Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) hat für den ausländerrechtlichen Bereich eine hohe Bedeutung. Erst, wenn Antrags-, Beratungs- und Entscheidungsprozesse auch digital durchlaufen/abwickeln werden können, werden geflohene und zugewanderte Menschen in die Lage versetzt, unabhängig von ihrem Wohnort und der Verfügbarkeit von Vor-Ort-Beratung souverän zu agieren.

Deshalb wollen wir:

- dass es zu keiner rechtswidrigen Handhabung der Dublin-Regelungen und stattdessen einer Übernahme der Fälle ins nationale Verfahren kommt.
- die Dublin-III-Verordnung durch einen fairen Verteilungsschlüssel ersetzen und Geflüchtete sofort aus den Lagern an den europäischen Außengrenzen, z.B. in Griechenland, holen.
- die rechtliche Beratung von Menschen während des gesamten Asylverfahrens durch unabhängige Akteur*innen wie unsere Wohlfahrtsverbände und durch Fachstellen für geschlechtsspezifische Verfolgungsgründe in Schleswig-Holstein umsetzen.
- einen Bestandsschutz von Aufenthaltstiteln in unverschuldeten Situationen.
- an der Prämisse der schnellen Kreisverteilung festhalten.
- den Erhalt und gute Rahmenbedingungen ehrenamtlicher Strukturen in der Flüchtlingsarbeit.
- die bestehenden Aufnahmestrukturen stärken und humanitäre Aufnahmeprogramme zum festen Bestandteil schleswig-holsteinischer Flüchtlingspolitik zu machen.
- aufenthaltsrechtliche Informationen analog und digital abzubilden und für die betroffenen Menschen zugänglich machen.
- Lern- und Digitalräume in den Landesunterkünften, in denen Computer und Drucker genutzt werden können.
- DaZ- (Deutsch als Zweitsprache), Ausbildungsvorbereitungs- und Berufsintegrationsklassen genauso mit digitalem Equipment ausstatten wie andere Klassen auch.

Integration und Teilhabe

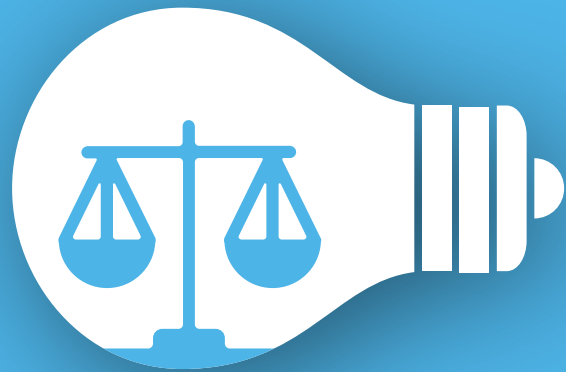
Deutschland ist ein Einwanderungsland und hat, durch Corona recht unbeachtet, seit 1.3.2020 ein neues Fachkräfteeinwanderungsgesetz. In Neumünster hat sich die zentrale Ausländerbehörde unter dem Namen Zentralstelle für Fachkräfteeinwanderung aufgebaut und mit Aufhebung von Reisewarnungen wird auch Zuwanderung wieder geschehen. Jetzt heißt es flächendeckend in Schleswig-Holstein das Potenzial zu erkennen, mit dem Einwanderung gestaltet werden und zu einem positiven Gesellschafts- und Wirtschaftsfaktor werden kann. Ohne digitale Kompetenz weniger Chancen für einen qualifizierten Berufseinstieg.

Darüber hinaus können digitale Strukturen Menschen eine stärkere Unabhängigkeit geben, Informationen zu erreichen ohne auf Dritte angewiesen zu sein und geben Ratsuchenden die Möglichkeit, direkt mit beratenden Institutionen in Kontakt zu treten. So wichtig die Digitalisierung der ausländerrechtlichen Strukturen ist, muss dabei – wie auch in anderen Bereichen – gelten – digital kann nur zusätzlich und ergänzend wirken. Eine vollständige Ablösung analoger Strukturen und Hilfen würde an anderen Stellen wieder Barrieren und strukturelle Diskriminierung erzeugen. Für dieses Spannungsfeld entwickeln wir grüne Lösungen. Auch muss eine Lösung für geflüchtete und zugewanderte Mütter in den Integrations- und STAFF-Kursen gefunden werden, die aufgrund der Fehlzeiten durch die Corona-Kinderbetreuung nun ihre Sprachkurse unter den geltenden Kursregularien nicht abschließen dürfen. Hier zeigt sich wieder, wie wichtig frauen*spezifische Angebote und eine Sensibilität für die Bedarfe von Frauen* und Mädchen* sind. Die Rahmenbedingungen aller Angebote müssen so gesetzt werden, dass Frauen* und queere Menschen de facto genauso partizipieren können wie andere Menschen auch.

Deshalb wollen wir:

- ein Selbstverständnis geschlechts- und speziell frauen*spezifischer Angebote bei allen Angeboten im Bereich Integration und Teilhabe. Dies sollte in den Förderrichtlinien des Landes gestärkt werden und sich als Leitlinie durch das geplante Integrations- und Teilhabegesetz ziehen.
- dass das Land die Sprachkursträger in dieser Ausnahmesituation unterstützt und entsprechende große Räume zur Verfügung stellt, um im Präsenzunterricht Abstandsregelungen einhalten zu können.
- die schleswig-holsteinischen Angebote von Anpassungsqualifizierungen ausbauen und Schlüssellehrgänge nach Schleswig-Holstein holen und finanzielle Fördermöglichkeiten für ausländische Fachkräfte (wie in Hamburg) schaffen.
- für die mit- und nachreisenden Familien Einstiegsangebote, Teilhabe und ein Klima der Aufgeschlossenheit schaffen.
- die Migrationsberatung in Schleswig-Holstein zu verstetigen und flächendeckend ausbauen.
- den Paradigmenwechsel hin zu lösungsorientierten Zuwanderungs- und Willkommensbehörden in den Kreisen weiter vorantreiben.

Das Fundament, auf dem wir steh'n



Wir sahen es kommen und doch traf es uns unvermittelt und hart. Das Coronavirus zog von China über Korea, nach Italien, nach Deutschland, breitete sich letztlich global aus. Mit der Corona-Pandemie mussten wir erleben, dass auch ein reicher und vermeintlich gut organisierter Kontinent wie Europa von globalen Pandemien hart getroffen werden kann. Die Folgen aber auch der Umgang und die Auswirkungen könnten unterschiedlicher nicht sein. Trump, Bolsonaro und andere autoritäre Systeme scheitern an der Krisenbewältigung, die Bevölkerung leidet schwer darunter. Wir dagegen erlebten die Funktions- und Leistungsfähigkeit liberaler Demokratien, konstruktive Streitkultur und einen Vertrauensvorsprung für Politik, Demokratie und Rechtsstaat. Sichtbar wurden auch die Tücken des Föderalismus und die Ausbreitung wirrer aufwiegelnder Verschwörungsmenchen im Netz und auf den Straßen.

Demokratie, Freiheit, Grundrechte in internationaler Solidarität

Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass in einer solchen Krise schnelles und entschlossenes Handeln erforderlich – und auch erfolgreich – sein kann, das mitunter tief in Grundrechte eingreift und zu Veränderungen von eingespielten Verfahren und Gewohnheiten zwingt. Eingriffe in Grundrechte bedürfen nach wie vor der Legitimation durch formale Parlamentsgesetze, die die Eingriffsbefugnisse und ihre Voraussetzungen hinreichend bestimmt regeln. Maßnahmen, die zur Abwehr einer solchen Krise, Grundrechte beschränken, müssen zeitlich befristet sein, regelmäßig überprüft und an aktuelle Erkenntnisse angepasst werden. Die Maßnahmen sind laufend und insbesondere in der Rückschau auf ihre Wirksamkeit und Angemessenheit zu evaluieren. Dies ist von vornherein in präventive Konzepte zur Bewältigung zukünftiger Krisen einzubauen.

Eine Krise wie die derzeitige Corona-Pandemie kann nur abgewehrt werden, wenn die erforderlichen Maßnahmen von der Bevölkerung verstanden und mitgetragen werden. Ein erklärender und transparenter Politikstil ist genauso notwendig wie nachvollziehbare Begründungen und das Prinzip: Freiwilligkeit vor hoheitlichem Zwang. Der Leitgedanke der Freiwilligkeit gilt insbesondere dort, wo über Apps Infektionsketten aufgeklärt und zurückverfolgt werden sollen.

Föderalismus und kommunale Demokratie

In der Corona-Pandemie hat sich der Föderalismus im Kern bewährt. Er bietet die Möglichkeit, lokale oder regionale Besonderheiten angemessen zu berücksichtigen. Allerdings ist auch eine gute, nachvollziehbare und verbindliche Koordination und Kooperation zwischen dem Bund und den Bundesländern zwingend notwendig. Entscheidungen müssen über die Länder hinweg koordiniert getroffen werden. Insbesondere zwischen den norddeutschen Bundesländern (NI, HB, HH, SH, MV), die einen gemeinsamen Lebensraum bilden und bei denen die Stadtstaaten Bremen und Hamburg in die Flächenländer eingebettet sind.

Im Rückblick wird zu resümieren sein, ob in Schleswig-Holstein das Primat der parlamentarischen Kontrolle gegenüber der Exekutive, die konsequente Berücksichtigung zentraler Grundrechte im Querschnitt durch alle Corona-Beschränkungen funktionierte. Ob die bundesländerübergreifende Kooperation und Solidarität gerade im Verhältnis zu Hamburg immer ausreichend gelungen ist, wird zu fragen sein. Bei einer zweiten Corona-Welle oder möglichen weiteren Herausforderungen ähnlicher Art sollten sich jedenfalls bestimmte Erscheinungen einer engherzigen Kleinstaaterie im Hamburger Rand nicht mehr wiederholen.

Unser demokratisches System kann gestärkt aus der Krise hervorgehen, wenn Politik kritisch mit sich selbst umgeht. Städte, Kreise, Länder und der Bund müssen sich fragen, wo sie in der Zusammenarbeit besser werden können, wo das System nicht adäquat auf die Bedürfnisse der Menschen und die Zwänge einer Pandemie reagiert hat. Einen wesentlichen Teil erfolgreichen Krisenmanagements stellt die Kommunikation mit der Bevölkerung und ein offener Umgang mit möglichen Fehlern dar. Auch die Landesregierung sollte ihr Handeln evaluieren, um für mögliche weitere Krisen gewappnet zu sein.

In besonderen Krisensituationen müssen auch kommunale Gremien arbeitsfähig bleiben. Ein Schritt dazu können digitale Sitzungsmöglichkeiten sein. Sie sollen keinen zwischenmenschlichen Austausch ersetzen, können aber gerade auch für Risikogruppen eine gute Möglichkeit sein, Präsenzsitzungen zu ersetzen. Dabei ist es wichtig, die Öffentlichkeit angemessen, beispielsweise durch Streaming, zu beteiligen. Mitglieder kommunaler Gremien müssen ggf, durch die Bereitstellung und Schulung in digitalen Hilfsmitteln befähigt werden, an solchen Sitzungen teilnehmen zu können.

Die politische Teilhabe darf durch Krisensituationen, die eine Präsenzwahl unmöglich machen, nicht eingeschränkt werden. Wir fordern daher die Einsetzung einer unabhängigen Kommission, die sich auf Basis der datenschutzrechtlichen Vorgaben des BfDI und den Informationssicherheitstechnischen Vorgaben des BSI mit den Möglichkeiten der Durchführung von digitalen Wahlen beschäftigt.

Zur Ehrlichkeit gehört auch, dass wir dank einer sehr gut funktionierenden Verwaltung durch die Krise gekommen sind. Wir haben in Schleswig-Holstein nach dem jahrelang geltenden Motto des „schlanken Staates“, der vor allem an sich selbst spart, begonnen, in eine solide Personalausstattung zu investieren. Egal ob Lehrkräfte, Polizist*innen, medizinisches Personal oder Verwaltungsangestellte, in der Krise kommt es besonders auf sie an. Die Funktions- und Leistungsfähigkeit des Staates wird besonders in diesen kritischen Zeiten durch sie gesichert. Die Bewältigung der Coronakrise hat die Mitarbeiter*innen des öffentlichen Dienstes jedoch an vielen Stellen bis aufs Äußerste gefordert. Wir müssen die Personallücken im öffentlichen Dienst weiter schließen und gute Beschäftigungsbedingungen bieten.

Antirassismus und demokratische Bildung gegen Verschwörungsmythen

Erschreckend und bedenklich sind allerdings die Ausbreitung eines spezifischen Corona-Rassismus gegen asiatisch gelesene Menschen und die Entwicklung und Verbreitung von Verschwörungsmythen im Netz und auf den Straßen. Die Pandemie macht deutlich, wie weit Fatalismus und Extremismus in unserer Gesellschaft verbreitet sind. Immer noch verfallen zu viele Menschen kruden Verschwörungsmythen, die sie im Internet gefunden haben. Schuld daran sind u.a. Algorithmen, die auf Google und Facebook ähnliche Beiträge anzeigen und eine sogenannte Filterblase erzeugen. Des Weiteren ist es im Gegensatz zu früher heute einfacher, Meinungen in rasender Geschwindigkeit über das Internet zu verbreiten. Neben psychologischen Gründen spielt auch eine fehlende Medienkompetenz bei der Verbreitung von Verschwörungsmythen eine große Rolle. Unabhängige Faktenchecks sowie Leitfäden für Gegenargumente sollen weiter unterstützt und die Betreiber großer sozialer Netzwerke zu mehr Verantwortlichkeit gezwungen werden.

Eine freiheitlich demokratische Grundordnung ist die wesentliche Voraussetzung für Frieden, Sicherheit und Wohlstand. Diese Grundordnung gilt es zu festigen und zu bewahren. Die Demokratiebildung trägt einen wesentlichen Teil dazu bei, dass die Bürger*innen lernen sich zu beteiligen, denn ein*e Demokrat*in zu sein, bekommt man nicht mit in die Wiege gelegt. Schulen bieten hierfür die beste Möglichkeit, da fast alle Bürger*innen erreicht werden und junge Menschen sich in einem geschützten Raum ausprobieren können.

Die politische Bildung an Schulen muss weiter gestärkt werden. Dabei muss das Lernen der kritischen Auseinandersetzung mit Fakten an allen Schulen in allen Jahrgängen einen wichtigen Stellenwert einnehmen. Daher müssen klassische und neue Medien sowie Filme und Games endlich fester Bestandteil des Schulunterrichts werden, um mehr Menschen dazu zu befähigen, echte Informationen von Fake News zu unterscheiden. Allerdings ist es dabei sehr wichtig, dass es viele Möglichkeiten zur Mitbeteiligungserfahrung gibt. Wir GRÜNE möchten daher die Demokratiebildung in den Schulen als einen noch verbindlicheren Anteil am Unterrichtsgeschehen installieren. In der Krise zeigt sich, dass nicht nur Mathe, Deutsch und Englisch Hauptfächer sind, sondern der Austausch zwischen den Schüler*innen und den Lehrer*innen immens wichtig ist. Eine Klassenratsstunde sollte daher in allen Jahrgängen eingeführt und dementsprechende Lehrkräftefortbildungen verbindlich sein.

Außerdem sollten die Menschen in Schleswig-Holstein in allen Bildungsphasen die Möglichkeit erhalten, ihre demokratische Kompetenz zu erweitern. Hierfür muss das Bildungspersonal, vor allem in Schulen, aus- und weitergebildet werden. Menschen müssen befähigt werden, sich in der immer schneller veränderten Gesellschaft zu orientieren und politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Fragen und Probleme zu beurteilen. Sie sollten dabei motiviert werden, sich für die freiheitlich demokratische Grundordnung, Menschenrechte, Gerechtigkeit und Frieden einzusetzen. Mehr Mitbeteiligung sollte auch in Form von Bürger*innen-Räten umgesetzt werden.

Deshalb wollen wir:

- auf die lückenlose Einhaltung des Gesetzesvorbehalts bei erforderlichen Beschränkungs- und Präventionsmaßnahmen achten und für eine transparente Risikoabwägung bei Freiheits- und Grundrechtseinschränkungen sorgen.
- dass die Funktions- und Entscheidungsfähigkeit von Parlament und Kommunalvertretungen jederzeit erhalten bleibt. Wo Beratungen mit persönlicher Anwesenheit nicht oder nur eingeschränkt möglich sind, müssen vorübergehend parlamentarische Kontrollbefugnisse und Entscheidungen auch durch digital organisierte Beratungs- und Entscheidungspraktiken datensicher und verfassungskonform organisiert werden. Möglichkeiten für digitale Wahlen müssen fortwährend von Expert*innen geprüft und vorgebracht werden.

- die verfassungsrechtlichen Vorgaben und gesetzlichen Bestimmungen auf ihre Krisentauglichkeit überprüfen und wo nötig anpassen. Gleichzeitig müssen die technischen Voraussetzungen unter Berücksichtigung von Datensicherheit und Öffentlichkeitsgrundsatz dafür auch im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung geschaffen werden.
- einen Evaluierungsprozess, welcher konkrete Empfehlungen für das Handeln politischer Entscheidungsträger*innen in Krisensituationen gibt und zu einer verbesserten Zusammenarbeit der unterschiedlichen Ebenen führt.
- einen belastbaren Kooperationsrahmen für Krisensituationen mit den angrenzenden Bundesländern schaffen. Gerade für die Grenzen im Hamburger Rand und für Menschen, die sowohl in Hamburg als auch in Schleswig-Holstein Wohnsitze innehaben, aber auch im Verhältnis zu unseren anderen angrenzenden Bundesländern ist ein enger Austausch notwendig, um möglichst einen Gleichklang in den Regelungen zu erzielen und nicht in Kleinstaaterei zu verfallen.
- um Verschwörungsmythen erfolgreich entgegenzuwirken, die Demokratiebildung und antirassistische Arbeit stärken, und diese digital und auf der Straße noch stärker aufstellen.

Kooperation statt Abgrenzung in Europa

Das Coronavirus setzte sich über Grenzen hinweg und führte auch die fehlende internationale Zusammenarbeit und noch immer mangelnde europäische Solidarität vor Augen. Der Rückfall ins Nationale kam plötzlich und vehement. Nach der raschen Schließung der Grenzen muss der Schengen-Raum für die Zukunft gesichert werden. Wir können diese Krisen in Europa nur gemeinsam und solidarisch bewältigen. Ein abgestimmtes und mächtiges europäisches Krisenmanagement würde die Ressourcen der Mitgliedstaaten bündeln und effizienter einsetzen.

Europa ist ein gemeinsamer, eng verflochtener Wirtschaftsraum. Daher muss Deutschland als starke Wirtschaftsnation sich solidarisch mit schwächeren Volkswirtschaften zeigen, nicht zuletzt um Arbeitsplätze vor Ort zu schützen, die vom Export in die EU abhängen. Die aufkommende Wirtschaftskrise wird Grenzpendler*innen besonders hart treffen. Pendler*innen verlieren oft als Erste ihren Arbeitsplatz. Darüber hinaus rutschen immer wieder Grenzpendler*innen in Versicherungslücken und damit in die Armutsfalle, u.a. bei Erwerbsunfähigkeit.

Deshalb wollen wir:

- ein gemeinsames starkes Investitionsprogramm, dass als nicht als Kredit, sondern als Zuschuss für von Corona betroffene Staaten gewährt wird.
- die Umsetzung des European Green Deal, welcher auch für Schleswig-Holstein viel Potenzial bietet u.a. in den Bereichen Wasserstoff, Erneuerbare Energien und der maritimen Wirtschaft.
- die konsequente Umsetzung der Sustainable-Finance-Strategie der EU.
- die Beratungsstellen stärken und besser auszustatten, um ihnen bestmögliche Perspektiven und Absicherung zu geben.
- für diese Härtefälle einen EU-Sozialfond, der Armut verhindert und unbürokratisch hilft.
- eine grenzüberschreitende Struktur etablieren, die dafür sorgt, dass bei erneuten Grenzsicherungen zwischen dem Bund, den Bundesländern und den Nachbarstaaten harmonisierte Regeln zum Grenzübertritt gelten.

Listen to the science, support your local science

Während wissenschaftliche Meinungen in der Klimakrise eher eine mahnende Außenseiterrolle spielen, konnte man in der Pandemie den Eindruck gewinnen, wir hingen an den Lippen der Viro- und Epidemiolog*innen. Ihnen und ihrer wissenschaftlichen Expertise wurde viel – auch politisches – Gehör geschenkt und wir sind auch dank dieser Grundlage vergleichsweise gut durch die Coronakrise gekommen. Das ist eine Chance für eine positive Veränderung der politischen Kultur. Wissenschaftliche Expert*innen dürfen der Politik nicht die Entscheidungshoheit abnehmen, aber Maßnahmen sollen auf wissenschaftlich fundierten Bewertungen beruhen. Wir sollten genau diese Chance nutzen, um der Wissenschaft endlich einen höheren Stellenwert bei der Bekämpfung der Klimakrise, der globalen und sozialen Ungerechtigkeiten und des Artenschutzes einzuräumen. Denn wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen Lösungsansätze und Entscheidungsalternativen für große gesellschaftliche Probleme auf. Das Wissenschaftssystem begründet wirtschaftlichen Wohlstand, trägt zu Kultur und gesellschaftlicher Entwicklung bei und ermöglicht Aufstiegschancen durch Bildung.

Soll dieser Wandel in der politischen Kultur gelingen, müssen wir auch für bessere Rahmenbedingungen in der Wissenschaftslandschaft sorgen. Marode Gebäude, prekäre Beschäftigungsbedingungen und eine unzureichende Studienfinanzierung schaffen Probleme vom Anfang des Studiums bis an die Spitze unserer Hochschulen. Der im Grundgesetz formulierte demokratische Auftrag zu freier Forschung und Lehre kann nur angemessen erfüllt werden, wenn modernes, solidarisches und kooperatives Lehren und Lernen ermöglicht wird. Wissenschaftler*innen sind im momentanen System dazu gezwungen, einen nicht unerheblichen Teil ihrer Arbeitszeit damit zu verbringen, Projektanträge zu stellen und durch Drittmittelinwerbung ihre eigene Stelle zu sichern. Diese finanziellen Abhängigkeiten lassen oft wenig Spielräume zu und führen zu einem Primat der Selbstausbeutung - vor allem bei Frauen*, für die das gegenwärtige System oft zur Unvereinbarkeit von Familie und Wissenschaft führt. Schon jetzt ist bemerkbar, dass die Publikationsaktivität von Frauen während der Coronakrise zurückgeht.

Die Drittmittelabhängigkeit muss weiter zugunsten steigender Grundfinanzierungsetats reduziert werden, wofür auch der Bund weitere finanzielle Mittel bereitstellen muss.

Studierende geraten derzeit in der Coronakrise in Existenznot, weil das BAföG viele Menschen ausschließt, nicht ausreicht und nicht krisenfest ist. Studienkredite wirken sozial selektiv und sind ungeeignet um Studierende mit geringen finanziellen Ressourcen (des Elternhauses) vom Studienabbruch abzuhalten. Die Überbrückungskredite des Bundesbildungsministeriums halten wir für eine Farce. Studierende haben ein strukturelles Finanzierungsproblem ihres Lebensunterhalts in dieser Coronakrise. Wir solidarisieren uns mit dem studentischen Protest und fordern, dass das Bildungsministerium unverzüglich nachbessert.

Die „Corona-Semester“ müssen bei Freischuss- und anderen Prüfungsfristen sowie beim BAföG freigestellt werden und das BAföG darüber hinaus endlich zu einem altersunabhängigen, bedarfsgerechten und regional differenzierten Studienfinanzierungssystem mit Sockelzuschuss weiterentwickelt werden. Auch dürfen durch die Coronakrise keine Nachteile im Studienverlauf entstehen, sodass flexible Möglichkeiten für Prüfungen notwendig sind. Die nun breit ausgerollten digitalen Lehrformate bieten viele Chancen für eine moderne studierendenzentrierte Lehre. Dafür brauchen wir verbesserte IT-Infrastrukturen, Betreuungsrelationen und eine Bundesinitiative Digitale Lehre, eine höhere Flexibilität im Studium und die Weiterbildung von Lehrenden.

Um die Krisen dieser Zeit wirkungsvoll bewältigen zu können, müssen wir auch die dafür relevanten Themen an unseren Hochschulen unterstützen: Schleswig-Holstein hat einen guten Ruf als Standort für Meeres- und Küstenforschung. Forschungsbereiche wie die terrestrische Ökologie, ökologisch-klimaneutrale Landwirtschaft, Agroforstwirtschaft- und Photovoltaik, Projekte zur Nutzung von Pflanzenkohle, Biogasanlagenumnutzung und Wiedervernässung von Mooren sollten an unseren Hochschulen einen höheren Stellenwert erhalten. Forschung und Lehre für den Wandel werden wir unterstützen. Etwa indem in sogenannten „Reallaboren“ wichtige Zukunftsfragen durch praxisnahe Feldversuche bearbeitet werden und unmittelbar voneinander gelernt werden kann oder indem der Wissenschaftsjournalismus eine stärkere Beachtung in Medienhäusern und Verlagen findet.

Deshalb wollen wir:

- der Wissenschaft eine starke Stimme in der Politik geben.
- eine grundlegende BAföG-Reform und die Anerkennung der Coronazeiten als „Solidarsemester“.
- im Land für planbare und faire Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft sorgen und dabei Dual Career Optionen für Frauen aufbauen. Es muss außerdem Optionen für Elternzeit und Mutterschutz im Promotionsstudium geben, ohne Nachteile für beide Elternteile.
- gemeinsam mit den Hochschulen die Weiterentwicklung der Lehre anstreben, um mehr Flexibilität und Digitalisierung der Lehre ermöglichen.
- bislang unterrepräsentierte Fachbereiche, die für die Bekämpfung der großen Krisen bedeutungsvoll sind, stärken und Forschungsprojekte initiieren.
- einen verstärkten Kontakt zwischen Zivilgesellschaft und Forschung gewährleisten.

Infrastrukturen

Während viele Menschen die ersten Tage im Homeoffice arbeiteten, sahen wir, wo es im wahrsten Sinne des Wortes hakt: Der Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland hängt hinterher, abgebrochene Verbindungen, hakende Videokonferenzen, fehlende Technik für den Schulunterricht zuhause. Als die Geschäfte wieder öffneten wurde ein weiteres Problem deutlich: Unsere Städte bieten zu wenig Platz für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen. Viele Menschen weichen vom ÖPNV auf das Fahrrad aus und haben nicht ausreichend Raum dafür. Zu Coronazeiten haben sich die Nutzungszahlen des ÖPNV um ca. 30 % reduziert, wohingegen der Fuß- und Radverkehr deutlich zunahm.

Aus der Coronakrise lernen wir, wie relevant Infrastrukturen für einen funktionierenden Alltag sind. Infrastrukturen sind Daseinsvorsorge. Wir müssen sie in Schuss halten und Tempo machen um sie für eine klimagerechte Mobilität fit zu machen. Zunächst geht es darum, den ÖPNV in Coronazeiten attraktiv zu halten, wofür geeignete Schutzmaßnahmen in Bussen und Bahnen (z.B. Ausgabe von Masken, Desinfektionsmittelspender) mit dem Ausbau der Taktfrequenz und der Erhöhung der Fahrgastkapazitäten einhergehen müssen. Grundsätzlich ist auch die Modernisierung von Waschräumen in den Zügen des Nah- und Fernverkehrs und an Stationen nötig. Wir schlagen außerdem Fahrgutscheine für den ÖPNV vor, um den ÖPNV wieder für mehr Menschen ins Spiel zu bringen. Die geplante Kaufprämie für Elektroautos sollte den Bürger*innen lieber als Mobilitätsprämie zur Verfügung gestellt werden, die statt zum Kauf eines Elektroautos auch zum Kauf einer Bahncard verwendet werden kann.

Jetzt die Weichen für die Mobilitätswende stellen!

Eine wirkliche Mobilitätswende bietet die Chance auf wesentlich weniger PKW und LKW in unseren Städten und damit mehr Lebensqualität. Sofortmaßnahmen sollen dem Prinzip des Verlagerns, Vermeidens und Vernetzens folgen. Wir wollen Nahversorgung und Stadtplanung verkehrsvermeidend gestalten, sodass die Bewegung per Fuß und Rad im Stadt- und Landschaftsbild Vorrang genießt. Es muss eine Mobilitätsgarantie für alle Menschen geben. Wir setzen dabei auf Bahntrassen, Radwege und Ladeinfrastruktur für grünen Strom und grünen Wasserstoff, letzteres insbesondere für den Schwerlastverkehr. Die Ertüchtigung und der Ausbau dieses nachhaltigen Verkehrsnetzes hat für uns Priorität und sollte ergänzt werden durch einen ambitionierten Ausbau im schienengebundenen Personen- und

Güterverkehr. Ein Reaktivierungsprogramm für brachliegende Schienenstrecken und eine bessere, länderübergreifende Vernetzung ergänzen dies.

Wir müssen die falschen Anreize zur Produktion großer und schwerer PKW nehmen, um den Aufbau einer zukunftsfähigen und klimaschützenden Mobilität auch in der Automobilindustrie voranzutreiben. Ein Bonus-Malus-System, bei dem für umweltschädliche Fahrzeuge und ihre Produktion höhere Abgaben anfallen, fördert den Umstieg vom Privat-PKW auf den öffentlichen Verkehr, das Rad oder anderes. Der Bund muss endlich eine breit aufgestellte und bundesweite ÖPNV-Offensive starten, die Finanzierung, Image verbessert. Teil dieser Offensive sollte u.a. ein ticket- und kostenloser Nahverkehr, finanziert durch eine Solidarabgabe aller steuerzahlenden Bürger*innen sein.

Das erzwungenermaßen temporär heruntergefahrenere öffentliche Leben führt zu einer massiven Reduzierung des Flugverkehrs. Video-Calls statt Hin-und-Herfliegerei müssen zum Standard in der Unternehmenswelt werden und zum Umdenken in der Verkehrspolitik führen. Wir wollen den Inlandsflugverkehr auf ein absolutes Minimum reduzieren, Steuern und Abgaben hierfür erhöhen, um diesen ökologisch und ökonomisch unattraktiven Bereich der Luftverkehrsbranche durch attraktive Fernverkehrsverbindungen auf der Schiene zu ersetzen.

Deshalb wollen wir:

- eine bundesweite ÖPNV-Offensive, die den Ausbau des Bus- und Bahnnetzes vorantreibt und attraktive Tarifangebote für die Bürger*innen schafft.
- den Ausbau der Infrastrukturen für den Fuß- und Radverkehr, sowie des Ladesäulennetzes für grünen Strom und grünen Wasserstoff voranbringen.
- die Fußläufigkeit im Planungsrecht stärker verankern und dabei inklusiv denken.
- die kommunale Wirtschaft durch lebenswerte Städte stärken: Außenplätze mit genügend Abstand zum Verweilen, mehr Platz vor Gastronomien.
- Konzepte zur kommunalen Parkraumbewirtschaftung vorantreiben.
- ein Förderprogramm für alternative Antriebe in den Fuhrparks von Kommunen und kommunalen Betrieben sowie für E-Ladestationen und Wasserstofftankstellen.

- ein Tempolimit 30 in Innenstädten und Dörfern, 120 auf Autobahnen.
- den im Bypad vereinbarter Modalsplit gezielt umsetzen: 15 % bis 2022, 25 % bis 2025, 30 % bis 2030 und die Handlungsstrategien des Aktionsplans „Radverkehr in SH“ nach Veröffentlichung konsequent verfolgen.
- die Zuständigkeiten für den Radverkehr klar regeln und RAD.SH als Partner für die Kommunen etablieren.
- den LBV mit einem Etat für Radverkehr ausstatten.
- Infrastrukturprogramm für Fahrradwege in Städten und im ländlichen Raum zur Stärkung des einheimischen Tourismus.
- Radverkehr über AktivRegion/LEADER 2020–2026 als regionale Wirtschaftsförderung aufbauen, betriebliche Lastenräder, Zubringerräder an ÖPNV-Knotenpunkten einrichten, die Kofinanzierungsmittel von 2,5 Mio.€ verdreifachen und die Radmitnahme im ÖPNV einfacher zu machen.
- Radwege außerhalb geschlossener Ortschaften für S-Pedelecs freigeben.

Eine bessere Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land

Während der Wochen des „Physical distancing“ erlebten viele Menschen die Quartiere, Viertel, Stadtteile und Städte auf eine neue Art und Weise. Der Stillstand des öffentlichen Lebens verwandelte die sonst quirligen, lauten und engen Räume zu Freiflächen und es wurde sichtbar, wie grau unsere Städte sind. Erholungsmöglichkeiten wie Parks, Spielplätze, große Plätze, breite Alleen oder Strände waren für viele Menschen oft weit entfernt. Je geringer das Einkommensniveau eines Viertels, desto mehr Beton, desto weniger Naherholungsmöglichkeiten.

Nach der Corona-Pandemie wird es wichtig sein, Planungen und somit auch Ausgaben gezielt vorzunehmen. In Anbetracht der notwendigen Einsparungen und der Mobilitätswende ist es unser Ziel, den Straßenbau für den motorisierten Individualverkehr auf das Notwendigste zu reduzieren und die Verkehrswende auch planerisch voranzutreiben. Hier sollte der Grundsatz gelten, dass kein Haus für eine Straße weichen muss. Denn jedes Haus, das abgerissen statt saniert wird, ist eine Form der Ressourcenverschwendung. Wir müssen unser unmittelbares Lebensumfeld in den Quartieren und Vierteln neu gestalten und zu einem

Zuhause des Miteinanders entwickeln. So wie wir es in diesen Pandemiezeiten eindrücklich erleben und auch künftig brauchen werden, denn unsere Präsenz zuhause wird sich tagsüber erhöhen, wenn wir öfter im Homeoffice sind und unsere Kinder nicht betreut werden können. Um selbst produktiv sein zu können und Kindern Möglichkeiten zum Spielen zu bieten, brauchen wir neue Freiräume z.B. zum gemeinsamen Kaffeetrinken, Grünflächen und Baumbestände, Spielplätze, Parks, Hundewiesen, Sportangebote, Mobilitätshubs, Plätze für Shared Economy-Angebote usw.

Unsere Städte wurden für Autos gebaut und müssen für Menschen umgebaut werden! Denn auch alternative Mobilitätskonzepte erhöhen die Lebensqualität in den Städten. Dazu gehört die Umnutzung von mehrspurigen Fahrbahnen für Radfahrer*innen, Protected Bike Lanes, die räumliche Trennung von Rad- und Autoverkehr, eine allgemeine Temporeduktion für den Kraftverkehr und eine Überarbeitung der Stellplatzverordnung zugunsten von Grün-, Spiel- und Begegnungsflächen sowie breiteren Gehwegen. Eine moderne Stadtgestaltung sorgt für positive Umwelteinflüsse wie eine bessere Luftqualität, weniger Lärm und ein besseres Stadtklima, was besonders im Kontext der Klimaerwärmung relevant wird. Es ist auch eine gesündere Umgebung. Diese Transformation der Städte wollen wir voranbringen, besonders um mehr Umweltgerechtigkeit zu schaffen und positive Umwelteinflüsse gerechter zu verteilen. Wir wollen dafür sorgen, dass Menschen ihre Umgebung in Wäldern, blumenreiche Wiesen oder an der Küste neu entdecken können. Das Naturerleben hat einen Wert, der mit Geld nicht aufzuwiegen ist und stellt doch einen wirtschaftlichen Gegenwert dar. Denn die Ruhe an einem See zu genießen oder Vögel zu beobachten zu können, sind auch Gründe, warum Menschen in Schleswig-Holstein Urlaub machen oder hier leben wollen.

Um die Lebensqualität in Städten mit einer hohen Einwohner*innendichte zu erhöhen, muss bei der städtischen Entwicklung und Planung beachtet werden, dass wohlproportionierte, lebendige Straßen- und Platzräumen entstehen. Wohnhöfe, Gemeinschaftsplätze, Terrassen, Balkone und Dachgärten sollten bei der Wohnungsbauplanung berücksichtigt werden, denn sie ermöglichen Erholung und soziale Kontakte.

Kleinere Wohnungen und dichtere Bebauung können nicht nur dem Flächenfraß entgegenzuwirken, sondern bei guter Planung ein Quartier voller Verbundenheit und Sicherheit entstehen lassen. Die Raumgestaltung und Nahverkehrsplanung sollte dabei barrierearm, inklusiv und geschlechtersensibel geschehen. Die Bedürfnisse von Frauen, Älteren, Kindern und mobilitätseingeschränkte Personen mit Hilfsmitteln müssen berücksichtigt werden.

Wir dürfen den Leerstand von Wohnraum und Gewerbe und damit die Verschwendung bestehender Ressourcen und bebauter Flächen nicht weiter zulassen. Leerstand aus Spekulationszwecken wollen wir auch rechtlich einen Riegel vorschieben. Um weiteren Versiegelungen vorzubeugen, müssen vorrangig Bestandsgebäude genutzt werden. Mit einer ökologisch und ökonomisch sinnvollen Sanierung können leer stehende Gebäude nutzbar gemacht werden – auch um dringend benötigten Wohnraum zu schaffen. Umnutzungen sollten hier auch nicht außer Acht gelassen werden, etwa indem Wohnraum in alten Industrie- /Gewerbegebäuden entsteht oder Ladengeschäfte zu Kindergärten, Nachbarschaftstreff und Jugendzentren umgebaut werden. Für die Freiraumplanung /B-Planaufstellung müssen Leitlinien festgelegt werden, um ein angenehmes Stadtklima zu gewährleisten.

Dazu wollen wir:

- Kaltluftschneisen vorsehen, mehr Räume für die Naherholung und attraktivere Wohnbebauung.
- in ausreichendem Umfang großkronige Bäume pflanzen, die Schatten spenden und die Luft filtern.
- Wasserläufe, Brunnen und Seen in die Freiraumplanung mit einbinden.
- Die Grundversorgung für alle fußläufig erreichbar machen. Der tägliche Einkauf, die medizinische Versorgung, Kindergarten und Grundschule müssen in fußläufiger Entfernung erreichbar sein.
- Gewerbe und Wohnen im Sinne der urbanen Stadtplanung zusammenbringen. Dies reduziert den Verkehr, fördert die individuelle Selbstständigkeit und eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Schneller, besser, ökologischer planen und bauen

Vieles wird sich verändern, muss sich verändern. Klimaschutz wird auch schnelle Planungs-, Genehmigungs- und Baumaßnahmen etwa bei Solarparks, Schienen oder Stromtrassen erfordern. Heute dauern viele Projekte insgesamt zu lange, was an einem ganzen Bündel von Problemen liegt. Dies hemmt Innovationen und notwendige schnelle Veränderungen unserer Infrastruktur. Eine konstruktive Projektbeschleunigung wird nur in einer Balance zwischen Naturschutz, Beteiligungsrechten und mehr Effizienz und Qualität in der Planung gelingen. Hierfür wollen wir in den Dialog mit Verbänden und den weiteren Beteiligten gehen. Unsere Vorschläge zur Projektbeschleunigung schließen die aktive Beteiligung von Bürger*innen, Chancen der Digitalisierung und eine professionelle Durchführung von Verfahren ein.

Wir fordern die stärkere Beteiligung von Bürger*innen an planerischen Prozessen durch vermehrte Einbindung von Online-Beteiligungsverfahren. Die Möglichkeit, auch abseits von Besuchen in Rathäusern Einfluss auf aktuelle Planungen und Projekte zu nehmen, ist nicht nur in Krisenzeiten ein wichtiger Punkt um die Akzeptanz und Bereitschaft für Bau und andere Projekte zu stärken. Neue Medien wie Augmented Reality (das Einblenden von virtuellen Informationen in reale Umgebungen) und Virtual Reality helfen, um Visualisierungen und Eindrücke von zukünftigen Bauprojekten für die Bürger*innen besser verständlich zu machen.

Zur Beschleunigen der Erlangung einer allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung (abZ) für neue entwickelte emissionsarme und ressourcenschonende Baustoffe wollen wir eine Innovationsförderung auflegen, aus der auch die Übernahme der Prüfungskosten für diese Baustoffe finanziert werden kann.

Digital ist besser!? Zugang für alle schaffen!

Die Coronakrise hat gezeigt, wie wichtig eine flächendeckende schnelle Dateninfrastruktur ist. Homeoffice, digitaler Schulunterricht und soziale Kontakte per Videokonferenz funktionieren nur mit einer schnellen Anbindung bis in jedes Haus auf dem Land und in den Städten. Auch wenn Schleswig-Holstein dank der durch die Landesregierung vorgebrachten Breitbandstrategie schon einiges erreicht wurde, muss der gezielte Ausbau der digitalen Infrastruktur durch den Bund mit „Wums“ vorgebracht werden. Wo immer möglich, werden wir den Infrastrukturausbau z.B. von Straßen nutzen, um gleichzeitig Hochgeschwindigkeitsdatennetze zu schaffen und zu stärken. Hier bedarf es einer integrierten Lösung, die die finanzielle Handlungsfähigkeit von Kommunen sichert. Die Förderung der digitalen Infrastruktur darf nicht nur auf dem Land und bei Privathaushalten enden, denn auch in der Stadt und in Firmen besteht noch Nachholbedarf.

Dateninfrastrukturen dürfen nicht alleine in privater Hand liegen. Es reicht nicht, dass der Staat die Lizenzen für 5G und andere Netze verkauft und sich dann aus der Verantwortung zieht. Vielmehr müssen neue Modelle umgesetzt werden, bei denen der Staat sein Mitspracherecht langfristig sichert, zum Beispiel durch Mehrheitsbeteiligung oder die Hoheit über die Vergabe von Nutzungsrechten.

Der Zugang zum Internet ist auch eine soziale Frage: Ein fester Internetzugang oder mobile Datenvolumina müssen unabhängig von Ort oder sozialer Herkunft verfügbar sein – besonders in Zeiten von Heimunterricht und Homeoffice. Daher muss der Zugang zur digitalen Infrastruktur, genau wie Wasser und Strom, als Grundversorgung anerkannt werden. Auch PCs, Tablets, Laptops und Smartphones sind Kultur und Lerngeräte und müssen wie Bücher oder Taschenrechner als Grundversorgung für alle garantiert werden.

Deshalb wollen wir:

- feste und mobile Dateninfrastrukturen in Stadt und Land ausbauen.
- einen zusätzlichen Investitionsfonds für Glasfaseranschlüsse für Gewerbegebiete aufbauen.
- digitale Teilhabe ermöglichen, indem internetfähige Geräte und das Recht auf Zugang zum Internet als Grundversorgungsbedarf etabliert wird.

Digitale Teilhabe

Digitale Teilhabe ist ein Grundstein inklusiver und gerechter Sozialpolitik. Insbesondere ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen müssen die Chance bekommen, an der rasanten digitalen Gesellschaftsentwicklung nicht nur teilzuhaben, sondern auch aktiv teilzunehmen. Immer mehr Alltagsaufgaben lassen sich nicht ohne digitale Kompetenzen und/oder den Zugang zu Internet bewerkstelligen (Online-Banking, Termine beim Bürgeramt uvm.). Dabei gilt es vor allem zwei Aspekte zusammenzudenken: Die technischen wie auch die „kognitiven“ Ermöglichungsbedingungen zur digitalen Teilhabe und Mitgestaltung. In einer digitalen Welt braucht es eine Art digitales Existenzminimum und ältere Menschen dürfen nicht ausgeschlossen sein.

Das Land muss sich dabei in besonderer Weise um diejenigen kümmern, die unter seiner unmittelbaren Verantwortung untergebracht sind. Dies gilt beispielsweise für die Insass*innen von Gefängnissen. Wenn aufgrund von Kontaktbeschränkungen Besuche von Außen nicht mehr möglich sind, muss dieser Verlust an sozialen Kontakten durch andere Kommunikationsmöglichkeiten (Video-Konferenzen mit Familie und Freunden, erweiterte Telefon) ausgeglichen werden. Kontaktbeschränkungen sind kein Grund, Lockerungen auszusetzen – hier sind Konzepte zu entwickeln, wie diese weiterhin stattfinden können. Die Belegung in den Anstalten und Einrichtungen ist so weit es geht zu reduzieren, u.a. dadurch, dass auf nicht zwingend erforderliche Vollstreckungen verzichtet wird. Dies gilt namentlich für die kriminalpolitisch ohnehin fragwürdigen Sanktionen wie den Jugendarrest oder die Ersatzfreiheitsstrafe, wie dies in Schleswig-Holstein auch erfolgt ist.

Deshalb wollen wir:

- Unterstützung bei der Anschaffung von Technik (z.B. durch Tausch- oder Sharingangebote) leisten.
- die Ausweitung und Einrichtung von öffentlichen Zugangsmöglichkeiten (z.B. in Stadtteilbibliotheken, auf öffentlichen Plätzen, in Cafés oder Parks).
- die Unterstützung und Information zu Hilfs- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Umgang mit Computer/Internet (Technik-Coach/Support) insbesondere auch in Senior*inneneneinrichtungen etc.
- eine Ausweitung von Angeboten im medienpädagogischen und therapeutischen Bereich (Verbesserung von Motorik, Sensorik, Mobilität etc.).

Die Kultur hält unsere Gesellschaft lebendig

Freischaffende Künstler*innen und Solo-Selbstständige hat die Coronakrise in besonderer Weise getroffen. Ihre Art zu arbeiten und zu wirtschaften ist mit den Regeln der Grundsicherung nicht vereinbar. Im System der Künstlersozialkasse haben sich Lücken gezeigt, die sich u.a. durch gesetzliche Veränderungen bei Mindestlohn und gegen Scheinselbstständigkeit ergeben haben. Zugleich fallen Kulturschaffende und Soloselbstständige oftmals durch die Raster der staatlichen Soforthilfeprogramme. Die anhaltende Debatte um die Unterstützung der Kultur- und Kreativszene spiegelt kaum wider, welchen Beitrag diese Branche für unsere Gesellschaft leistet. In der Krise hat sie den Menschen geholfen, die schwierige Situation zu überstehen. Nach der Krise wird es die Kunst sein, die maßgeblich zur gemeinschaftlichen Aufarbeitung beiträgt und die Geschehnisse im kollektiven Gedächtnis verankern wird. Den Museen, Theatern, soziokulturellen Zentren und all den anderen Kultureinrichtungen kommt dabei die Rolle zu, die Vergangenheit zu reflektieren, zu erinnern und die Zukunft zu gestalten. Unsere offene, pluralistische und demokratische Gesellschaft ist ohne eine lebendige, vielfältige und freie Kultur- und Kreativszene undenkbar.

Politischen Wert der Kultur steigern und kulturelle Infrastruktur sichern

Die kulturelle Infrastruktur stand während der Coronakrise nicht im Fokus und Konsolidierungspläne aus der Vergangenheit lassen befürchten, dass auch nach der Krise zuerst an den freiwilligen Leistungen für die Kultur gespart werden wird. Die Reklamation als freiwillige Leistung der Kommunen führt dazu, dass die Kultur als entbehrlicher Faktor wahrgenommen wird, den wir uns in unserer Gesellschaft nur in guten Zeiten leisten können. Dies ist jedoch ein Trugschluss. Wir müssen die kulturelle Infrastruktur jetzt sichern und die Ausgaben für Kultur bei der Haushaltsgestaltung höher gewichten. Hierfür sollten wir die Orientierungswerte verändern und gemeinwohloökonomische Instrumente nutzen, um Werten wie Kultur, Diversität, soziale Teilhabe usw. ein stärkeres Gewicht zu verleihen. Das Land könnte mit gutem Beispiel vorangehen und die kulturelle Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins sichern.

Kultur als maßgeblichen Wirtschaftsfaktor anerkennen

Das Konjunkturpaket und die bisherigen Hilfsmaßnahmen zeigen, dass Kultur noch immer nicht als relevanter Wirtschaftsfaktor anerkannt wird. Mit ihrem Anteil an der Bruttowertschöpfung übertrifft die Kultur- und Kreativwirtschaft viele andere Wirtschaftszweige, nur

die Automobilbranche erwirtschaftet mehr. Kultur ist aber nicht nur Zeitvertreib, sie ist auch wichtiger Standortfaktor bei Unternehmensansiedlungen, Treiberin für den Tourismus und sie macht Regionen und Städte lebenswert. Darüber hinaus ist die Kultur- und Kreativbranche Arbeit- und Auftraggeberin für nicht künstlerische Berufsgruppen und Unternehmen; die neuen Formen des Arbeitens, Wirtschaftens und Zusammenlebens werden hier schon heute gelebt. Sie lässt Neues entstehen, bildet kreative Fachkräfte aus und leistet als Innovationstreiberin einen unbezahlbaren Beitrag zur Transformation zu einer weltoffenen, gerechteren und ökologischeren Gesellschaft von morgen.

Strategische Kulturförderung neu denken

Die Coronavirus-Krise zeigt, dass es in Schleswig-Holstein zu wenig Wissen über die Struktur sowie die Bedürfnisse der Kulturschaffenden gibt. Zudem wird der Umstand, dass es für gute Kunstwerke und Produktionen nicht nur Talent, sondern vor allem Erfahrung und Weiterbildung braucht, in der stark projektbezogenen Kulturförderung kaum beachtet. Der Kulturdialog ist ein erster und wichtiger Schritt. Im Sinne einer guten Governance-Strategie sollte die Kulturlandschaft in Schleswig-Holstein systematisch weiterentwickelt werden. Zudem muss Kulturförderung agiler werden, damit die Schwelle für neue Kulturakteur*innen deutlich gesenkt wird. Es gilt, für die Kulturförderung Räume zu schaffen, in denen Kunst ohne hohe Investitionen entstehen kann. Gleichzeitig sollte ein Teil der Kulturförderung der Weiterentwicklung, Vernetzung und Professionalisierung von Kulturschaffenden zugutekommen.

Freiluft-Spielstätten schaffen - Online-Aufführungen honorieren

Die aktuelle Krise zeigt die hohe Abhängigkeit der Kulturszene von öffentlichen Veranstaltungen. Dies liegt u.a. an den sinkenden Verdienstmöglichkeiten durch Urheberrechte, die durch die Digitalisierung und das Internet mitverursacht wurden. Durch die coronabedingte Zwangsdigitalisierung wird diese Entwicklung weiter verschärft, da Online-Aufführungen im Regelfall kostenlos im Internet angeboten werden und auf Spendengelder angewiesen sind. Daher reicht es nicht, die Digitalisierung von Kultur zu fördern. Es müssen auch Verdienstmöglichkeiten für den Onlinebereich geschaffen werden, die die fehlenden Eintrittsgelder ersetzen. Diese kann zum Beispiel über eine zentrale Plattform erfolgen, für die Nutzer*innen wie bei einem Streaming Portal monatlich einen Preis entrichten. Auch ein intuitiv zu bedienendes ePay-System („virtueller Hut“), das von Kultureinrichtungen leicht einzurichten ist, kann es Zuschauenden ermöglichen, eine Online-Darbietung mit einem

angemessenen Betrag zu honorieren. Das Zentrum für Digitalisierung in der Landesbibliothek kann hierbei unterstützen. Nicht zuletzt hat auch die Bedeutung von Freilichtbühnen und Leinwänden zugenommen. Hier sollten die Kommunen dabei unterstützt werden, kleinere und größere Orte zu schaffen, um Aufführungen zu ermöglichen.

Deshalb wollen wir:

- analog zum Mindestlohn Mindesthonorare (wenigstens bei öffentlichen Aufträgen) bzw. eine verpflichtende Umsetzung von bereits freiwillig vereinbarten Tarifverträgen.
- die Künstlersozialkasse (KSK) um den Zweig Arbeitslosenversicherung erweitern: In der KSK sind selbständige Künstler*innen, Lehrende und Publizist*innen mit maximal einer/einem Angestellte*n gesetzlich renten-, kranken- und pflegeversichert und zahlen ähnliche Beiträge wie in normalen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse nach Höhe des Einkommens. Der „Arbeitgeberanteil“ wird durch die staatliche KSK getragen. Nur der Zweig Arbeitslosenversicherung fehlt, der diese Berufsstände in der Coronakrise wirtschaftlich stabilisiert hätte.
- gemeinwohlökonomische Instrumente nutzen, um den Werten wie Kultur, Diversität, soziale Teilhabe usw. einen Platz zu geben. Als ersten Schritt fordern wir eine Kulturquote für den Landeshaushalt, sowie die kommunalen Haushalte.
- die Einbindung der Kultur in die Wirtschaftsstrategie des Landes, sowie eine Anerkennung von Kulturformen, die sowohl Kultur als auch Wirtschaftsunternehmen sind. Dazu gehört auch die Filmwirtschaft und die Gamingentwicklung, denen eine entsprechende Wirtschafts- und Gründungsförderung zukommen sollte.
- Ausstellungsmöglichkeiten und die Präsenz von Kunst und Kultur im öffentlichen Raum sowie am Bau erhöhen.

Ökologie, Biodiversität und Artenschutz

Das Coronavirus und die mit ihm über die Welt ziehende Krise haben mit neuer Dramatik deutlich gemacht, dass der Mensch zwar viele Ökosysteme zerstört, aber nicht alle Naturkräfte beherrschen kann. Das Vordringen in früher wilden Naturregionen und der globale Tierhandel diese Art der erleichtern die Übertragung von Wildtierviren auf den Menschen. Schon HIV, Ebola und SARS entstanden auf diese Weise, doch die Warnungen blieben wirkungslos. Es war nur eine trügerische Sicherheit, die uns glauben ließ, vor einer Virus-Pandemie gefeit zu sein. Die Corona-Pandemie zeigt mit ähnlicher Dramatik wie die Erderhitzung, dass ein Leben des Menschen gegen die Natur niemals möglich sein wird.

Umso mehr müssen wir jetzt unser gesellschaftliches und vor allem wirtschaftliches Leben mit allen Investitionen und Konjunkturpaketen nach der Krise so ausrichten, dass es den Einklang mit der Umwelt fördert, dass es die globale Erderhitzung abmildert, den Tier- und Pflanzenreichtum schützt.

Wir wollen dafür sorgen, dass Naturschutz und Erhaltung der Biodiversität Teil eines Konzepts für einen nachhaltigen Wiederaufbau der globalen Wirtschaft werden - gemäß den UN-Nachhaltigkeitszielen Nr. 3 (Gesundheit) sowie 13, 14 und 15 (Klimaschutz, Leben im Wasser und an Land). Wir wollen dafür sorgen, dass auf mindestens 17% der Fläche Deutschlands (Aichi-Ziel) Lebensräume unter Schutz gestellt und so geschützt, gepflegt und notfalls bewacht werden, dass die zu schützenden Tier- und Pflanzengesellschaften sich dort vermehren können.

Dafür wollen wir:

- die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie 2030 übernehmen und umsetzen, sowie mit deutlich mehr Einsatz an der Umsetzung der bestehenden Naturschutz-Richtlinien (Natura 2000, Wasser-Rahmenrichtlinie, Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie) arbeiten.
- mit einem „Landesprogramm Artenschutz an öffentlichen Gebäuden“ die Artenvielfalt an öffentlichen Einrichtungen, bei Vereinen und Verbänden verbessern und dabei auf Dünger und Pestizideinsatz verzichten und regionale Pflanzenarten etablieren.
- Schutzkonzepte für die extensive Nutzung von Überschwemmungsgebieten (HQ 100) und Sandböden mit weniger als 30 Bodenpunkten entwickeln.

- dem Schutz alter Bäume und alter Waldstandorte Vorrang vor Neuanpflanzungen geben, und mehr Altholz in den Wäldern belassen und die Holznutzung der öffentlichen Wälder reduzieren.
- dass Schleswig-Holstein zum Teil des kohärenten europäischen Natur-Netzwerks 30 % seiner Land- und Wasserflächen unter Schutz stellt. Hierzu gehören auch die grünen Korridore (Biotopverbundsystem).
- die Schutzgebietsverordnungen dahingehend überarbeiten, dass Nutzungen mit dem Schutzziel übereinstimmen und keine Düngemittel oder Pestizide verwendet werden. Möglichst viele der Schutzgebiete an Land und 50 % des Nationalparks Wattenmeer sollen von jeder Nutzung frei sein.

Landwirtschaft und Ökolandbau

Die Krisenbewältigung muss auch die kritischen Probleme in der Landwirtschaft sehen und die Lösungen voranbringen. Die Kombination aus Existenzsorgen vieler Landwirt*innen, den hohen Erwartungen der Gesellschaft und den faktischen Risiken der gegenwärtigen industriellen Landwirtschaft auf Böden, Gewässer, Artenvielfalt, Tierwohl und Klima ist ein politisch nicht weiter tragbarer Zustand! Die heute weit verbreitete industrielle Landwirtschaft, die nicht mehr zwangsläufig notwendig für die Ernährungssicherheit ist, bedeutet hohe Investitionsrisiken bei gleichzeitig schwindender gesellschaftlicher Akzeptanz. Wenn Tierhaltung und Futtermittelanbau den größten Teil der landwirtschaftlich genutzten Fläche der industriellen Landwirtschaft belegen, die Tiere größtenteils in Massenproduktion gehalten werden, Deutschland noch zusätzlich Tierfutter aus meist ausbeuterisch produziertem Anbau importiert, 60 % des benötigten Gemüses importiert wird und am Ende Landwirt*innen von den Erträgen aber kaum leben können, dann hat das Prinzip „wachse oder weiche“, zu einem Systemschaden geführt. Ein Irrsinn des Systems Landwirtschaft.

Dazu sind weite Bereiche des Grundwassers und der Oberflächengewässer Schleswig-Holsteins seit Jahren durch zu hohe Nährstoffeinträge belastet. Der Grenzwert der Trinkwasserverordnung für Nitrat wird vielfach überschritten, sodass Brunnen stillgelegt werden müssen. Die anhaltende Überdüngung unserer Seen, Fließgewässer und Küstengewässer von Nord- und Ostsee mit Stickstoff und Phosphor führt seit Jahren zu einem schlechten ökologischen Zustand (sichtbar z. B. an Algenblüten, Sauerstoffmangel etc.).

Diese Nährstoffeinträge stammen überwiegend aus der Landwirtschaft und gefährden auch Lebensräume wie Moore, Heiden und Wälder. Gemeinsam mit den Landwirt*innen müssen wir raus aus den Grabenkämpfen und die Investitionen nach der Coronakrise zu einer Chance für ein nachhaltiges Landwirtschaftssystem machen.

Landwirt*innen, Konsument*innen und Umwelt können alle etwas davon haben: Geringere Tierhaltungszahlen sorgen für mehr Klimaschutz, eine bessere Tiergesundheit und eine gesunde Lebensmittelversorgung, die gleichzeitig die regionale Landwirtschaft stärkt. Der Ökolandbau schützt zudem die Artenvielfalt, sorgt für weniger Nährstoffbelastung und damit eine bessere Trinkwasserqualität. Dafür brauchen wir die Agrarwende!

Um all die Unausgewogenheiten des Systems Landwirtschaft zu harmonisieren, müssen wir europaweit einen neuen Rahmen setzen. Die Erfüllung der Vorgaben des Green New Deals der EU mit seiner „Farm to fork Strategie“ ist ein erster Schritt, dem die Kopplung der europäischen Agrarsubventionen (GAP) an ökologische Kriterien folgen muss – auch auf Bundes- und Landesebene. In Schleswig-Holstein wollen wir erreichen, dass 30 % der landwirtschaftlichen Fläche nach Ökolandbau-Kriterien bewirtschaftet werden (Ziel der EU-Biodiversitätsstrategie 2030). Vor allem in Schutzgebieten sollte ausschließlich Ökolandbau zugelassen sein.

Deshalb wollen wir:

- Anreize für die Umstellung zu einer klimagerechten und ökologischen Landwirtschaft mit flächengebundener Tierhaltung schaffen und die GAP-Gelder reformieren.
- vorrangig nachhaltig und regional produzierte Lebensmittel u.a. bei der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung in Kantinen, Mensen und Kitas sowie bei Veranstaltungen nutzen.
- Lebensmittelpreise an reelle Produktionskosten anpassen und den Landwirt*innen faire Preise garantieren. Das kann zum Beispiel über Lebensmittelmindestpreise gelingen.
- Bildung und Forschung zu neuen Möglichkeiten klimaneutraler und ökologisch nachhaltiger Landwirtschaft, auch in Kombination mit Energiegewinnungsformen (Agrophotovoltaik, Biogas, Windkraft, ...).

- mehr landwirtschaftliche Flächen für Agrophotovoltaik nutzbar machen, was den Landwirt*innen eine Doppelnutzung ermöglicht.
- Nährstoffüberschüsse deutlich reduzieren und möglichst geschlossene Kreisläufe in der Landwirtschaft umsetzen, so wie es die EU schon lange verbindlich beschlossen hat.
- darauf achten, dass Genetik in der Tierhaltung, die sich als resistent beziehungsweise immunstark erwiesen hat, prinzipiell erhalten bleibt, mindestens nicht vorsätzlich dezimiert wird.

Biologischer Klimaschutz

Auch unser direktes ökologisches Umfeld, also Wälder, Wiesen, Moore können einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Als Maßnahmen für diesen biologischen Klimaschutz planen wir die konsequente Wiedervernässung von Moorböden, die extensiver Bewirtschaftung und Umwidmung von Naturschutzgebietsflächen sowie den Erhalt von alten Baumbeständen und Totholz in den Wäldern. Wir können Natur und Infrastruktur resilient (widerstandsfähig) gegenüber Wetterextremen und den Folgen der Erderhitzung machen (Klimafolgen-Anpassung), indem wir den Boden und die Wasserläufe aufnahmefähiger für kurzfristige Starkregen- und Hochwasserereignisse machen.

Deshalb wollen wir:

- Entwässerungsgräben in Wäldern schließen.
- Feuchtgebiete regenerieren.
- natürliche Senken und Flussauen von Nutzung und Entwässerung freihalten.
- für ein dauerhaft geschlossenes Kronendach in Wäldern sorgen.

Tierschutz

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie nötig weitere Forschungsarbeiten in Hinblick auf die Übertragbarkeit von Infektionsverläufen bei Menschen und Tieren sind. Entsprechendes gilt für die Wirksamkeit vorbeugender Gegenmaßnahmen und Strategien. Wir wollen Schnittstellen schaffen, um mehr Durchlässigkeit für Erfahrungen und wissenschaftliche Erkenntnisse zwischen Humanbereich und Tierbereich zu ermöglichen.

Die Bilder der Wildtiermärkte im chinesischen Wuhan zeigten die dort vorherrschenden dramatischen Zustände in puncto Tierschutz eindringlich. Das empört. Aber wir müssen auch hierzulande für die konkrete Umsetzung geltender Tierschutzstandards bei der Tierhaltung, beim Transport und bei der Schlachtung sorgen. Die Gesetze und Vorschriften sind dafür oft vorhanden, werden aber durch eine geringe Kontrolldichte kaschiert. Neben Kontrollen gehört auch eine bessere Transparenz über die Tierhaltungsbedingungen bei der Kennzeichnung von Fleisch- und Wurstwaren zu den notwendigen Verbesserungen hierzulande.

Nachhaltige und gerechte Finanzen

Langfristig müssen wir uns darauf einstellen, dass die derzeit aufgenommenen Schulden zurückgezahlt werden müssen. Dazu benötigen wir eine faire Verteilung der Finanzierung. Vermögende können und müssen mehr zum Allgemeinwohl beitragen. Wir sprechen uns deshalb für die konsequente Verhinderung von Steuertricksereien, eine schärfere Verfolgung von Steuerhinterziehung, eine EU-weite Digitalsteuer, sowie eine konsequente CO₂-Bepreisung und für eine angemessene Vermögensbesteuerung aus. Eine sozial gerechte und ökologisch ausgerichtete Finanzwende soll auch sicherstellen, dass keine Bank, kein Unternehmen „too big to fail“ sein kann.

Dafür wollen wir die Schuldenbremse weiterentwickeln und sie auf Bundesebene mit einer verbindlichen Investitionsregel verknüpfen, sodass die Bedarfe für Infrastrukturen, Kultur- und Bildungseinrichtungen, für die Energiewende oder im Gesundheitssystem gedeckt werden können. Zurzeit sieht die Schuldenbremse für den Bund vor, dass er sich in Höhe von 0,35 % der gesamtstaatlichen Wirtschaftsleistung verschulden darf. Diese Regel wollen wir ändern. Wir wollen den Verschuldungsrahmen gemäß europäischer Vorgaben auf 1 % erhöhen, ihn an Investitionen für Infrastruktur und Klimaschutz binden sowie an die Bedingung knüpfen, dass die bundesstaatliche Gesamtschuldenquote 60 % des BIP nicht überschreitet. Damit bewegen wir uns im Rahmen des europäischen Fiskalpaktes.

Wir setzen dafür auf ein gerechtes Steuersystem, das zudem eine ökologische Lenkungswirkung haben muss. Schad- und Rohstoffe müssen höher besteuert werden und auch der Finanzsektor muss zu einer nachhaltigen Ausrichtung der Wirtschaft beitragen. Die Sparkassen als öffentliche Institute haben eine Vorbildfunktion und müssen ihre Geschäftspolitik an Divestment-Kriterien orientieren.

Deutschland hat sich 2010 im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte sowie im Rahmen des Kyoto-Protokolls verpflichtet, alle umwelt- und klimaschädlichen Subventionen bis 2020 abzuschaffen. Nach Aussagen des Umweltbundesamts und des Bundesamts für Naturschutz werden jährlich jedoch ca. 60 Milliarden € an Steuergeldern so ausgegeben, dass sie direkt oder indirekt die Umwelt schädigen. Ein Abbau dieser schädlichen Subventionen würde sich in doppelter Hinsicht auszahlen, erhebliche Finanzmittel für zukunftsfähiges und nachhaltiges Wirtschaften freisetzen.

Deshalb wollen wir:

- Staatshilfen an Nachhaltigkeitskriterien, Verzicht auf Dividendenzahlungen und Steuermeidung knüpfen.
- das Besteuerungssystem weiter an gesellschaftlich und ökologisch nachhaltigen Kriterien ausrichten.
- Möglichkeiten der Schuldenbremse in Krisenzeiten ausnutzen und die Schuldenbremse im Sinne der Generationengerechtigkeit weiterentwickeln.
- Das Steuersystem so auslegen, dass der Staat künftig an den Gewinnen aus getätigten Investitionen partizipiert.
- Die Abgaben auf Einkommen aus produktiver Arbeit senken.
- Modelle für progressive Energiebesteuerung entwickeln.
- eine Divestment-Strategie für Sparkassen verbindlich machen.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Landesverband Schleswig-Holstein
Alter Markt 9 (Zugang über Haßstr. 3-5)
24103 Kiel

Stand: Juni 2020



sh-gruene.de